

Heidler, H.: Die Anfänge d. österr. Soz.
wissenschaftens -- 1892.

1921 I

1397

Die Anfänge
des
Deutschen Genossenschaftswesens
der Neuzeit.

Inaugural-Dissertation
zur
Erlangung der Doktormürde
an der
Universität Leipzig
von
Hugo Beidler
aus Berlin.

Leipzig, Dunder & Humblot. 1892.

1921 I 1397



V o r w o r t.

Vorliegende Dissertation ist der Anfangsteil einer größeren Arbeit, welche in den von Herrn Geheimrat Prof. Dr. A. von Miaszkowski in Leipzig herausgegebenen „Staats- und socialwissenschaftlichen Beiträgen“ (Verlag von Duncker & Humblot in Leipzig) als 3. Heft des I. Bandes demnächst veröffentlicht werden wird.

Die mit dieser Arbeit nach seinen Kräften gelöste Aufgabe wurde dem Verfasser vor etwa vier Jahren durch Herrn Prof. Dr. G. Schmoller in Berlin gestellt. Zur Vorbereitung auf eine geschicktere Lösung hatte derselbe das französische und das englische Genossenschaftswesen kennen zu lernen; über beides ist von ihm seiner Zeit in dem von Herrn Prof. Schmoller geleiteten staatswissenschaftlichen Seminar zu Berlin Vortrag gehalten worden. Herrn Prof. von Miaszkowski verdankt diese Arbeit wesentliche Verbesserungen nach Form und Inhalt.

Für die ihm zu teil gewordene dauernde Anregung und Förderung spricht Verfasser hiermit Herrn Prof. Schmoller und Herrn Prof. von Miaszkowski seinen ergebensten Dank aus.

Berlin, den 23. November 1892.

Der Verfasser.

170000

Die erste Aufgabe der Statistik ist die Feststellung der
Größe der Bevölkerung zu einem bestimmten Zeitpunkt.
Dies geschieht durch die Volkszählung, die in
regelmäßigen Abständen stattfindet. Die Ergebnisse
werden in Tabellen und Diagrammen dargestellt.
Die zweite Aufgabe ist die Untersuchung der
Verteilung der Bevölkerung nach Geschlecht, Alter,
Beruf, Einkommen usw. Diese Daten werden
ebenfalls in Tabellen und Diagrammen dargestellt.
Die dritte Aufgabe ist die Untersuchung der
Veränderungen der Bevölkerung über die Zeit.
Dies geschieht durch die Analyse der
Geburten- und Sterberaten sowie der
Migrationsbewegungen. Die Ergebnisse werden
in Tabellen und Diagrammen dargestellt.
Die vierte Aufgabe ist die Untersuchung der
sozialen und wirtschaftlichen Lage der Bevölkerung.
Dies geschieht durch die Analyse der
Arbeitslosenquote, des Durchschnittseinkommens,
des Lebenserwartens usw. Die Ergebnisse werden
in Tabellen und Diagrammen dargestellt.

Die Statistik

Einleitung.

Die Geschichte der deutschen Genossenschaften ist so alt, wie die des deutschen Volkes überhaupt. Überaus vielgestaltig sind die Formen und verschiedenartig die Zwecke, welche das Genossenschaftswesen in seiner Entwicklung darbietet.

Diese Entwicklung können wir in drei Perioden scheiden, von denen die erste bis zum Ende des Mittelalters, die zweite bis zum Anfang dieses Jahrhunderts reicht. Die dritte Periode umfaßt die Entwicklung des neuzeitlichen Genossenschaftswesens, das, in kräftigem Werden begriffen, allein der Gegenstand unserer Darstellung sein wird.

In der ersten Periode sind die wichtigsten der die Fortbildung des Genossenschaftswesens bestimmenden Umstände die Sesshaftwerdung der Germanen und die Annahme griechisch-römischer Kultur. Mit der Sesshaftigkeit wurden aus ursprünglich hauptsächlich die Person berechtigenden und verpflichtenden Genossenschaften solche, die sich zugleich auch auf Eigentum und Besitz der Person erstreckten. Mit der Annahme griechisch-römischer Kultur, mit der Eingliederung der Germanen in Staat und Kirche wurde die genossenschaftliche Thätigkeit mannigfaltiger und von feinerer Art als vorher. Immer aber blieb allen diesen Genossenschaften ein sehr wichtiges Merkmal der ursprünglichen, personalen und roheren Art erhalten: die Genossenschaft, welcher der Einzelne angehörte, beherrschte dessen ganzes, nicht bloß wirtschaftliches, sondern auch politisches und religiöses Leben; die verschiedenen Arten unterschieden sich nur dadurch von einander, daß eine dieser Seiten mehr oder weniger vor der anderen hervortrat. Von den Genossenschaften dieser Zeit sind den neuzeitlichen am meisten

verwandt die als „Zünne“, „Zünfte“ und „Gilden“ bekannten Vereinigungen von Handwerkern und Kaufleuten, welche nicht allein wirtschaftliche, sondern zugleich auch Heeres-, Steuer- und gemeinsam einen Heiligen als Patron verehrende religiöse Gemeinschaften waren.

In der zweiten Periode findet fast nichts als Auflösung und Vernichtung dieses Genossenschaftswesens statt, und zwar in einem so vollständigen Grade, daß es schwierig ist, einen geschichtlichen Zusammenhang des heutigen mit dem früheren Genossenschaftswesen nachzuweisen. Als Hauptursache hiervon erscheint Gierke das allmähliche, aber zuletzt doch vollständige Obliegen des Gedankens der Obrigkeit über den Gedanken der Genossenschaft, welche beide zu einander in polarem Gegensatz stehen. Offenbar werden hiermit viele Erscheinungen rechtlicher Natur erklärt; so z. B., daß der nach Unterdrückung der Städte und Stände absolut regierende Landesfürst, zumal da er seine Herrschaft aus römisch-rechtlichen Theorien herleitete, kein Verständnis für genossenschaftliche Bildungen besitzen konnte, daß in naturwidriger Weise die genossenschaftlichen Befugnisse aus staatlicher Konzeption abgeleitet wurden, und daß die Gesetzgebung die deutsche Genossenschaft entweder gänzlich nichtachtete oder sie nur als römisch-rechtliche Korporation, als juristische Person anerkennen und „privilegieren“ wollte. Aber diese Auffassung genügt nicht, um auch die wirtschaftlichen Erscheinungen jener Zeit völlig zu begreifen. So bleibt es z. B. unerklärt, weshalb das merkantilistische System trotz aller Anstrengungen der Landesobrigkeiten sich nicht zu behaupten vermochte und allmählich dem entgegengesetzten Freihandelsystem weichen mußte. Um solche wirtschaftlichen Vorgänge völlig klarzulegen, muß man auch nach Ursachen wirtschaftlicher Art suchen. Die wichtigste Ursache scheint die Erweiterung des wirtschaftlichen Spielraums für den Einzelnen gewesen zu sein, welche eintrat nicht so sehr als Folge der Auswanderung nach dem Osten und der Verheerungen des 30jährigen Krieges, wie als Folge der Auswanderung nach den neu entdeckten überseeischen Ländern.

In der dritten Periode sehen wir nach fast völligem Verschwinden ein reges genossenschaftliches Leben in allen europäischen und außereuropäischen Kulturstaaten entstehen. Doch beschränkt sich die Wirksamkeit der Genossenschaften jetzt nur auf das wirtschaftliche Gebiet, da der Staat in der vorangegangenen Zeit den Genossenschaften alle politischen Befugnisse genommen hatte und der Einfluß der Kirche auf das sociale Leben nach der Reformation mehr und

mehr abgenommen hatte. Was aber so die Genossenschaft auf der einen Seite an Mannigfaltigkeit der Zwecke und Formen verloren hatte, gewann sie auf der anderen Seite mehrfach wieder infolge der großartigen Entwicklung der Produktionstechnik und der daraus hervorgehenden, früher unbekannten Arbeitsteilung in Landwirtschaft, Gewerbe und Handel.

Die Ursache der jetzt neu entstehenden reichen und mannigfaltigen Entwicklung von Genossenschaften liegt unseres Erachtens nicht allein in der Abnahme der Staatsallmacht, sondern ebenso sehr und vielleicht noch mehr in der merklichen Abnahme des wirtschaftlichen Spielraums für den Einzelnen infolge der überall stattfindenden starken Bevölkerungszunahme. Hauptsächlich aus dem voraussichtlichen weiteren Wachsen nationaler und internationaler Konkurrenz möchten wir darauf schließen, daß für das Genossenschaftswesen eine Zeit neuer und hoher Blüte kommen wird.

Die bisherige Entwicklung der Genossenschaften in Deutschland läßt im ganzen zwei Hauptgruppen erkennen, die der städtischen und die der ländlichen Genossenschaften. Waren, besonders in Deutschland, die ersten Genossenschaften, da sie in mittleren und kleinen Städten entstanden, halb ländliche, halb städtische Genossenschaften, so nahmen mit dem Entstehen der Großstädte vorerst die städtischen Genossenschaften allein einen außerordentlichen Aufschwung, und erst in neuester Zeit entwickelten sich auch die ländlichen Genossenschaften kräftiger, so daß sie an Zahl und Bedeutung früher oder später wahrscheinlich den städtischen gleichkommen werden.

Innerhalb der beiden Hauptgruppen, der städtischen und der ländlichen Genossenschaften, finden wir verschiedene Arten, deren Mannigfaltigkeit heute vielleicht noch nicht abgeschlossen ist. Zu den städtischen Genossenschaften rechnen wir:

1. Die Kreditgenossenschaften, welche ihren Mitgliedern gegen Sicherheit, bis zu bestimmter Höhe Vorschüsse unter verschiedenen Formen, auf Schuldschein, im Diskont, im Kontokorrent u. s. w., gewähren. — Diese städtischen Kreditgenossenschaften wurden früher meistens, werden aber auch jetzt noch vielfach Vorschußvereine genannt.

2. Die Rohstoffgenossenschaften, welche ihren Mitgliedern die zu ihrem Gewerbebetrieb erforderlichen Rohstoffe, wie Leder, Tuch, Holz u. s. w., durch gemeinschaftlichen Bezug zu Großhandelspreisen verschaffen.

3. Die Werkgenossenschaften, welche für ihre Mitglieder Maschinen und Werkzeuge zur gemeinsamen Benutzung verschaffen, weil diese entweder dem Einzelnen zu teuer zu stehen kommen oder von ihm allein nur wenig benutzt werden würden. Diese Art von Genossenschaften hat nur ganz im Anfang der Geschichte der Genossenschaftsbewegung einige Bedeutung gehabt; jetzt ist sie nur sehr spärlich vertreten.

4. Die Magazinengenossenschaften, wie Kleider-, Möbelmagazine u. s. w., worin Gewerbetreibende fertige gewerbliche Erzeugnisse in dem auf gemeinsame Kosten beschafften Raume zum Verkauf stellen. Auch diese Genossenschaftsart hat wenig mehr Bedeutung als die vorige.

5. Die Konsumvereine, welche Waren, insbesondere Lebensmittel, im Großen einkaufen und im Kleinen an Mitglieder, seltener auch an Nichtmitglieder, verkaufen. Eine Abart der Konsumvereine sind die sogenannten Markenkonsumvereine, welche mit Geschäftsleuten Verträge dahin abschließen, daß ihre Mitglieder, welche sich durch vom Verein ausgestellte Marken als Mitglieder auszuweisen haben, bei Entnahme von Waren Rabatt erhalten.

6. Die Produktivgenossenschaften, welche auf gemeinsame Rechnung Waren verfertigen und verkaufen, um sich hierdurch die Vorteile des Großbetriebes zu verschaffen.

7. die Baugenossenschaften, welche ihren Mitgliedern zum Erwerb eines eigenen Heims, womöglich Hauses, verhelfen wollen, indem sie ihnen die allmähliche Ansammlung des Kaufpreises ermöglichen.

Bezüglich der ländlichen Genossenschaften ist der Sprachgebrauch für einige Arten erst im letzten Jahrzehnt ein bestimmter geworden. Es werden unterschieden:

1. Die ländlichen Kreditgenossenschaften mit im wesentlichen denselben Zielen wie die städtischen; sie werden auch jetzt noch zum größten Teil als Darlehnskassenvereine bezeichnet.

2. Die ländlichen Konsumvereine, welche die für den landwirtschaftlichen Betrieb erforderlichen Sämereien, Dung-, Futterstoffe u. s. w. im Großen einkaufen, um sie im Kleinen an ihre Mitglieder abzulassen, während die städtischen Konsumvereine ihre Geschäfte nur auf Konsumtibilien erstrecken. — In der ersten Zeit ihres Entstehens wurden diese Vereine vielfach als ländliche Rohstoffgenossenschaften bezeichnet, weil sie mit den städtischen Rohstoffgenossenschaften das Merkmal gemein haben, daß sie nicht zur Bedürfnisbefriedigung in der häuslichen Wirtschaft dienen wie die städtischen Konsumvereine, sondern zur Förderung des Erwerbes im landwirtschaftlichen Betriebe. In

neuerer Zeit werden diese Vereine aber in den landwirtschaftlichen Fachkreisen und in der landwirtschaftlichen Presse allgemein als Ankaufsvereine bezeichnet. Diese sicherlich zweckmäßigere Bezeichnung soll auch hier gebraucht werden, wie auch zu erwarten steht, daß sie in Zukunft die gebräuchliche werden wird.

3. Ländliche Wertgenossenschaften, welche zum toten oder lebenden Inventar gerechnete, für den landwirtschaftlichen Betrieb notwendige Betriebsmittel beschaffen, wie Säe-, Dreschmaschinen und Zuchttiere aller Art.

4. Ländliche Produktivgenossenschaften, wie Molkerei-, Brennerei-, Hopfenbaugenossenschaften u. a., welche landwirtschaftliche Erzeugnisse, wie Butter, Käse, Spiritus u. s. w., in auf gemeinsame Kosten geleiteten Betriebsstätten herstellen. Sie erstrecken sich niemals auf den gesamten Betrieb einer Landwirtschaft, sondern nur auf Teile desselben, namentlich auf die Verarbeitung landwirtschaftlicher Rohprodukte, so daß die Einzelwirtschaft neben der Produktivgenossenschaft bestehen bleibt.

5. Ländliche Absatz- oder Verkaufsgenossenschaften, welche den Verkauf landwirtschaftlicher Erzeugnisse, wie Milch, Butter, Käse u. s. w., gemeinschaftlich betreiben.

Für die beiden letzteren Arten hat sich erst vor wenigen Jahren eine besondere Bezeichnung in Folge zahlreicherer Verbreitung derselben notwendig gemacht, so daß auch das jüngste Genossenschaftsgesetz vom 1. Mai 1889 sie als selbständige Arten anerkannt hat.

Die hier geschehene Unterscheidung der Arten weicht von der im geltenden Genossenschaftsgesetz vom 1. Mai 1889 angestellten nur darin ab, daß zwei Hauptarten, die der städtischen und der ländlichen Genossenschaften, unterschieden werden. Die Urheber des Gesetzes hielten die Verschiedenheiten der städtischen von den ländlichen Genossenschaften für keine so wesentlichen, um darauf bei der Abfassung des Gesetzes Rücksicht nehmen zu sollen. Eine eingehendere geschichtliche Darstellung kann aber diese Unterscheidung schon allein der besseren Anordnung des Stoffes wegen nicht wohl entbehren.

Aber noch auf eine andere, innerliche Verschiedenheit der Arten müssen wir hinweisen, welche allerdings nicht an äußerlich leicht erkennbaren Merkmalen wie bei den städtischen und ländlichen Genossenschaften wahrzunehmen ist, aber ihr dennoch an Bedeutung nichts nachgiebt.

Es ist dies die Unterscheidung der Unternehmer- von der Arbeitergenossenschaft, zunächst innerhalb der städtischen Genossenschaften. In der ersteren betreiben die Mitglieder selbständig, jeder für sich, eine

Unternehmung in Handel und Gewerbe; in der letzteren sind die Mitglieder unselbständige Arbeiter und Gewerbehilfen, welche bei Unternehmern in Lohn und Brot stehen. Zu den Arbeitergenossenschaften rechnen wir nur die drei letzten Arten der angeführten städtischen Genossenschaften, die Konsumvereine, die Produktiv- und die Baugenossenschaften, alle anderen zu den Unternehmergenossenschaften. Die in der That wesentliche Verschiedenheit beider Artengruppen ist freilich in Deutschland dadurch verwischt, daß die bisherigen Leiter des städtischen Genossenschaftswesens grundsätzlich die Beteiligung aller, auch der landwirtschaftlichen Stände und Berufsarten bei allen Genossenschaften empfohlen haben, um zur Ausgleichung sozialer Gegensätze nach Kräften beizutragen; aber dieses Bestreben ist schon jetzt gescheitert, so weit es die landwirtschaftlichen Gewerbe betrifft, und auch bei den Arbeitergenossenschaften ist ein, wenn auch langsames, aber doch stätiges Verdrängen der nicht zur Arbeiterklasse gehörigen anderen Mitglieder erkennbar. Voraussichtlich wird es auch in Deutschland dahin kommen, daß wie in England die nicht zur Arbeiterklasse zählenden Berufsarten, wie die der Beamten, Offiziere, Lehrer, Ärzte u. s. w., ihre besonderen Konsumvereine bilden werden.

Die ländlichen Genossenschaften sind lediglich Unternehmergenossenschaften, da trotz der Bezeichnung als landwirtschaftliche Konsumvereine und Produktivenossenschaften die Mitglieder derselben aus bäuerlichen und bisweilen sogar Großgrundbesitzern bestehen. Ob jemals auch bei künftiger, größerer Entwicklung von landwirtschaftlichen Gewerben genügende Massen von unselbständigen Arbeitern auf dem Lande entstehen werden, um ländliche Arbeitergenossenschaften bilden zu können, muß dahingestellt bleiben.

Die besonderen Ursachen, welche dem Genossenschaftswesen in den verschiedenen Ländern eine ungleichartige Entwicklung gegeben haben, sind in der Hauptsache die politische und nationale Verfassung und die Gewerbegesetzgebung. In Frankreich und England, welche Länder hier namentlich in Betracht kommen, hatten kräftige Regenten und Minister schon im 17. und 18. Jahrhundert die einzelnen Territorien zu einem einheitlichen Staatsganzen vereinigt und die mittelalterliche Feudalverfassung beseitigt. Für die wirtschaftlichen Zustände dieser Länder hatte dies zur Folge, daß eine einheitliche Handels- und Gewerbepolitik im Inlande alle Binnenzölle beseitigte, nach Außen eine einheitliche Zollgrenze errichtete und dadurch für die heimische

Industrie und den heimischen Handel einen großen inneren Markt schuf, auf dem sie, geschützt vor der Konkurrenz des Auslandes, erstarken konnten, um darnach Gewerbe und Handel des Auslandes auf seinem eigenen Markte erfolgreich zu bekriegen. Mit der Umwandlung der politischen Verhältnisse in innigstem Zusammenhange vollzog sich die Umwandlung der Gewerbegesetzgebung in diesen Ländern. Mit der mittelalterlichen Feudalverfassung fiel in gleichem Maße die mittelalterliche Zunftverfassung, welche der Freiheit des Erwerbes und der Niederlassung, sowie der Unbeschränktheit in Produktion und Absatz entgegenstand.

Ganz anders gestaltete sich die Entwicklung der Politik und Gewerbegesetzgebung und ihr Verhältnis zu einander in Deutschland. Noch nach dem Frieden von 1815 war Deutschland in politischer und ökonomischer Beziehung ein in sich zersplittertes und ungleichartiges Ganzes. Abgesehen von Preußen unter Friedrich dem Großen, war es deshalb nach wie vor gleichzeitig oder abwechselnd die wirtschaftliche wie politische Beute seiner Nachbarn, besonders von England und Frankreich, welche nicht zuletzt auf seine Unkosten zu kapitalreichen Ländern wurden. Eine eigene bedeutende Industrie konnte bei der Kleinheit der durch ein Gewirr von Zollgrenzen von einander geschiedenen Territorien und Landesteile und bei der schwankenden Handelspolitik nicht entstehen. Die etwa schützende und fördernde Wirkung der Zölle kam nicht zur Geltung, weil sie nur nach finanziellen Rücksichten eingerichtet waren und ein ausgedehnter Schmuggelhandel diese Wirkungen in beträchtlichem Maße wettmachte. Tatsächlich herrschte in Deutschland, zumal nachdem auch Preußen seinen früheren Zolltarif im Geiste des Freihandels vielen Veränderungen unterworfen hatte, ein Zustand der Handelsfreiheit mit allen üblen Eigenschaften ohne die guten. Durch keine oder nur unbedeutende Zölle gehindert, überschwemmten ungeheure Massen britischer Fabrikate alle Staaten Deutschlands. Überall im deutschen Handel und in der deutschen Gewerbsthätigkeit zeigte sich Stöckung und Rückgang; die wenig zahlreichen Fabriken standen still, und der Ausfluß deutschen Geldes mehrte sich in wahrhaft erschreckendem Maße. Als es soweit gekommen war, empfand man endlich allgemein die kläglichen und unwürdigen Verhältnisse, und private Vereinigungen und Regierungen betrieben nunmehr mit Ernst die endgültige Beseitigung derselben. Mit dem Jahre 1818 begann dann jene Reihe partikularer Zollgesetzgebungen mit dem preußischen Zolltarif, welche endlich im Jahre 1834 mit dem Zolltariffsystem des deutschen Zollvereins seinen einheitlichen und nationalen Abschluß fand.

Wie mit einem Zauberfchlage begann jetzt eine bis dahin unbekannte Entwicklung für Deutschlands Handel und Industrie. Schon in wenigen Jahren fühlten sie sich der ausländischen ebenbürtig, und nach Verlauf einer Generation schienen ihr die schützenden und erziehenden Zölle entbehrlich zu sein. Wie überall in den westlichen Kulturländern war nun auch ein Großkapitalismus mit allen seinen guten und schlimmen Folgen entstanden.

Auch die Gewerbegesetzgebung nahm in Deutschland einen eigentümlichen Verlauf. Gesah die Beseitigung der mittelalterlichen Gewerbs- und Handelsbeschränkungen in England und Frankreich in genauer Abhängigkeit von den Bedürfnissen moderner Industrie und modernen Handels, so war dies in Deutschland in viel geringerem Maße der Fall. Weit mehr wurde die Gewerbegesetzgebung zu Anfang dieses Jahrhunderts bestimmt durch äußeren politischen Zwang infolge der französischen Eroberung und durch die theoretische Geistesanlage der Deutschen, welche die Freihandelslehre von Adam Smith in ihrem Lande zu einer allgemeineren Verbreitung und Anerkennung gebracht haben, als es in irgend einem anderen Lande geschehen ist. Preußen führte 1810 und 1811 die Gewerbefreiheit in ziemlicher Ausdehnung ein, und auch in West- und Süddeutschland konnten nach Beseitigung der weitgehenden französischen Gesetzgebung im Jahre 1815 die alten Zustände nicht mehr ganz wiederhergestellt werden; Beseitigung der abgelebtesten Bestimmungen und vielfache Abänderungen in liberalem Sinne waren unvermeidlich.

So kam es, daß, noch bevor es in Deutschland eine Entwicklung zum Großkapital in Großindustrie und Großhandel gab, sowohl die Unternehmerklasse als auch die Arbeiterklasse von den meisten lästigen Fesseln der Gewerbethätigkeit befreit waren, und als diese Entwicklung im dritten Jahrzehnt eintrat, fehlte es einerseits der Kapitalistenklasse an der unmittelbaren Macht, eine breite Schicht kleiner selbstständiger Handwerker und Landwirte ihrem Interesse bedingungslos zu unterwerfen, und andererseits besaßen diese letzteren Klassen, wie die Folgezeit bewiesen hat, noch genügende geistige und materielle Kräfte, um sich zu einem großen Teil durch vereinte Selbsthilfe ihre fernere wirtschaftliche Unabhängigkeit und Selbstständigkeit zu bewahren.

Für das deutsche Genossenschaftswesen ist hieraus die Eigentümlichkeit hervorgegangen, daß nicht bloß im Anfang seiner Entwicklung fast ganz ausschließlich dem Unternehmertum angehörige Genossenschaften entstanden sind, sondern das Vorwiegen derselben auch heute noch die deutsche Bewegung vor denen in den west-

lichen Ländern kennzeichnet. Dem Arbeitertum angehörige Genossenschaften sind in namhafter Zahl erst später, in den sechziger Jahren, entstanden, nachdem das Großkapital das dazu erforderliche Proletariat in hinreichendem Maße geschaffen hatte. Freilich ist seitdem die Vermehrung der Arbeitergenossenschaften, namentlich der Konsumvereine, eine verhältnismäßig größere gewesen und nähert sich insofern das deutsche Genossenschaftswesen dem englischen; aber durch die im letzten Jahrzehnt stattgehabte Entstehung zahlreicher landwirtschaftlicher Genossenschaften aller Art ist ihm doch wieder das ursprüngliche Kennzeichen, zum überwiegenden Teile dem Unternehmertume anzugehören, gewahrt geblieben.

I. Vorperiode des deutschen Genossenschaftswesens bis 1848/49.

1. Das städtische Genossenschaftswesen.

Die Märzunruhen von 1848 trennten die Entwicklung des deutschen Genossenschaftswesens in der Vorperiode in zwei scharf sich unterscheidende Abschnitte. Was sich an Genossenschaften vor dieser Zeit findet und lebensfähig erwiesen hat, beruht meist nicht nur auf dem Wohlthätigkeitsprinzip, sondern ist unmittelbar auf Begründung durch fürstliche Persönlichkeiten oder auf Zuschüsse aus Staats- oder Gemeindefassen zurückzuführen. Private Vereine sind selten und führen bis zum Jahre 1848 meist nur ein kicheres Leben, wofern sie nicht bis dahin gar wieder verschwunden sind. Die polizeilich-bureaufkratischen Tendenzen der Regierungen, namentlich in Norddeutschland, ließen ein Vereinsleben nicht aufkommen. Man hatte dem Einzelnen wohl ein größeres oder geringeres Maß von wirtschaftlicher Freiheit gegeben, gestattete aber nicht, dieses auch soweit auszudehnen, daß er sich mit seinesgleichen zur Verfolgung wirtschaftlicher Ziele vereinigen konnte.

Das freie Versammlungs- und Vereinsrecht, diese für die Entwicklung des Genossenschaftswesens unentbehrliche Vorbedingung, fand erst infolge der Ereignisse des Jahres 1848 teilweise Anerkennung. Infolge dessen begann das Vereinswesen üppig aufzuwuchern und erhielten auch alle auf wirtschaftliche Reform oder Reaktion hin-drängenden Bestrebungen freieren Spielraum.

Was nun die Entwicklung des Genossenschaftswesens in der Vorperiode im allgemeinen anbelangt, so finden sich von ländlichen, auf Subvention beruhenden Anstalten nur eine geringe Zahl, und diese sind vorwiegend Leihfassen. Diese geringe Entwicklung der

ländlichen Genossenschaften erklärt sich dadurch, daß die Entwicklung eines Systems ländlicher Genossenschaften durch die vorangegangene Entwicklung städtischer Genossenschaften bedingt ist, weil in der Regel nur diese auch für jene die hinreichenden geistigen und materiellen Mittel darbieten.

Bezüglich der einzelnen Arten der städtischen Genossenschaften ist hervorzuheben, daß schon in dieser Zeit, wie auch später, die Vorschußvereine und Darlehenskassen sowie die Konsumvereine ihre Hauptvertreter sind. Außerdem kommen bereits Ansätze zu Produktiv- und Baugenossenschaften vor. Von den übrigen Genossenschaften, den Rohstoff-, Werk- und Magazingenossenschaften, finden sich nur wenige für sich allein, manche dagegen in Verbindung mit Anstalten anderer Art, besonders mit Vorschuß- oder Darlehenskassen vor.

a. Die Vorschußvereine.

Von den Vereinen Süddeutschlands ist der älteste die gräfl. Castell'sche Kreditkasse in Castell für die Gemeinden der ehemaligen Grafschaften Castell und Nübenhausen. Sie wurde im Jahre 1774 vom regierenden Grafen zu Castell gegründet. Von dieser Kasse wurden sowohl gewöhnliche Kapitalausleihungen gegen landesübliche Zinsen als auch gering verzinsliche Darlehen auf Annuitäten an hilfsbedürftige Angehörige der genannten Grafschaften gewährt. Diese Kasse bestand noch im Jahre 1858 und hatte einen Kapitalbestand von 2360 064 fl.; die Zahl der Darlehensempfänger, zu denen Private und Gemeinden gehörten, war in diesem Jahre 1329.

Bald darauf, im Jahre 1780, wurde durch den Kurfürsten von Mainz, Friedrich Karl Joseph, die Aschaffenburg'sche Landesnotdurftskasse für 128 Gemeinden gegründet. Der Kapitalbestand war im Jahre 1858 179 585 fl., die Zahl der Darlehensempfänger 574, der verlangte Zins zwischen 1—3 %; die Tilgung geschah durch 10—25 Annuitäten.

Es ist höchst wahrscheinlich, daß diese letztere Kasse das Vorbild für die später entstandenen Kredit- und Hilfskassen im bairischen Kreise Unterfranken und Aschaffenburg gewesen ist. Die Darlehensbedingungen sind ganz ähnliche. Die Verzinsung beträgt immer zwischen 1—3½ %; die Annuitäten sind in 15—20 Jahren zu zahlen; doch vermindert sich die Zahlungsfrist allmählich auf 10 und 5 Jahre. Die Größe der Darlehen beläuft sich meist auf 2—50 fl., steigt aber auch bis zu 200 fl. Die bedeutendste dieser Kassen ist

die Kreditkasse für die Stadt Drb. Sie wurde in den Jahren 1836 und 1838 gegründet mit einem Fonds von 26 800 fl., der bis zum Jahre 1858 auf 43 560 fl. angewachsen war.

Im Jahre 1848 unternahm die bairische Regierung einen ernstlichen Versuch zur Hebung des genossenschaftlichen Vereinswesens. Ein in diesem Jahre aufgenommenes Subskriptions-Darlehen von 7 Millionen Gulden wurde teilweise auch zur Unterstützung des Gewerbestandes bestimmt, und der Finanzminister Freiherr von Lerchenfeld erklärte bei Vorlage des Gesetzesentwurfes noch besonders: „es sollen in allen größeren Städten, worin bedeutende Gewerbe sind, Gewerbevereine gebildet und aus diesem Fonds ausgestattet werden zur Unterstützung der Gewerbe durch Darlehen.“ Die neuen wie die älteren reorganisierten Gewerbevereine erhielten im ganzen eine Dotation, welche sich Ende September 1849 auf 257 367 Gulden belief.

Auch in Württemberg waren genossenschaftliche Bestrebungen vorhanden, sowohl behördliche als private. Die königliche Regierung empfahl in einer Ministerialverfügung vom 11. Juni 1847 den Vorstehern namentlich von größeren Gemeinden die Errichtung von Korporationshilfskassen, „welche dem unbemittelten Arbeiter im Fall einer augenblicklichen Bedrängnis kleinere Summen auch ohne vollständige Versicherung durch Unterpfand oder Bürgen vorstrecken und die Rückzahlung unter milden Bedingungen gestatten“ sollten. Auch waren damals und teilweise schon früher auf Anregung wohlthätiger Männer aus den wohlhabenden Klassen sogenannte Darlehnskassenvereine zusammengetreten. Meist auf Wohlthätigkeit und christliche Nächstenliebe basiert, hatten sie nur kurze Dauer.

Aus Norddeutschland fließen die Nachrichten, wenn sie auch weniger weit zurückreichen, reichlicher. Der älteste Verein ist hier der im Jahre 1816 infolge der Schreckensjahre 1813 und 1814 in Hamburg vom jüdischen Armenkollegium daselbst gegründete jüdische Vorschußverein zur Unterstützung bedürftiger Handelsbessener. Die Gesamtsumme der Darlehne bis zum Jahre 1858 belief sich bei diesem auf 2 427 000 Mark; davon entfielen auf das Jahr 1858 allein 96 900 Mark. Rückzahlung wurde immer voll und pünktlich geleistet; nur selten wurden Bürgen in Anspruch genommen und im Ganzen bis 1858 nur der geringfügige Betrag von 396 Mark 13½ Pfennig eingebüßt.

Im Jahre 1844 lernte der Kaufmann W. Caspari dieses Institut in Hamburg kennen, und durch die Erfolge desselben angeeifert,

beschloß er, ein solches auch in Berlin einzurichten. Aus Mangel an Geld und wegen des großen Umfangs der Stadt beschränkte er seinen Verein auf die Mitglieder der jüdischen Gemeinde. Unter Mitwirkung von Herrn Caspari entstanden nach dem Muster seines Vereins bald darauf noch zwei andere Vorschußvereine in Berlin, der Vorschußverein der St. Nicolai- und St. Mariengemeinde und der mit seiner Thätigkeit sich über ganz Berlin erstreckende Berliner Vorschußverein.

Die in Norddeutschland hervorragendsten Bestrebungen in genossenschaftlichem Sinne gingen von dem 1844 entstandenen und seitdem so bedeutend gewordenen „Centralverein für das Wohl der arbeitenden Klassen“ in Berlin aus. Die Bedeutung dieses Vereins für das deutsche Genossenschaftswesen jener Zeit liegt darin, daß ein großer Teil der Vereine, welche damals eine genossenschaftliche Entwicklungsrichtung eingeschlagen, von ihm mit Rathschlägen und Geld unterstützt worden ist. Zu diesen Vereinen gehörten die in Berlin entstandenen Vorschußvereine, deren Zahl bis Ende 1850 auf 115 stieg, ferner die Darlehnskasse des Handwerkervereins zu Stargard, der Kreditverein zu Dortmund, der Darlehnskassenverein für Koblenz und Ehrenbreitstein, die Darlehnskasse zu Bonn, der Vorschußverein im Riesengebirge zu Schmiedeberg in Schlessien, die Darlehnskasse des Handwerkervereins zu Erfurt, der Verein zur Unterstützung der Handwerker in Schlawa, u. a. Alle diese Vereine sind aber früher oder später entweder zu Grunde gegangen oder haben sich in Vorschußvereine nach dem nun bald entstehenden Schulzeschen System umgewandelt.

b. Rohstoff-, Werk- und Magazinengenossenschaften.

Unter den Vorschlägen, welche der oben erwähnte Gesellenkongreß 1848 in Frankfurt a. M. zur Hebung der gewerblichen Arbeiter machte, findet sich auch ein die Errichtung von „Gewerbehallen, Rohstoffmagazinen und Volksbanken“ betreffender. Es hieß in dem bezüglichen Vorschlage: „Die Innungen einer Stadt und die daran grenzenden Kreise vereinigen sich zu der Anlage einer Gewerbehalle und eines Rohstoffmagazins, um den unbemittelten Gewerbetreibenden Arbeit und Absatz, ebenso Rohstoffe zu so billigen Preisen zu liefern, wie sie im Engroskauf zu haben sind.“ Das Kapital zur Ausführung dieses Vorschlages sollte durch Aktien aufgebracht werden, welche in 25 Jahren einlösbar sein sollten. Verwirklichung hat dieser Vorschlag nicht gefunden.

Reidler, Deutsches Genossenschaftswesen.

2

Sonst erfahren wir von Rohstoffmagazinen nur noch aus Baiern, wo sie mit den oben erwähnten, staatlich subventionierten Gewerbevereinen in Verbindung standen, aber nur von zweifelhaftem Erfolge gewesen sein sollen.

c. Konsumvereine.

Die Entstehung und Entwicklung von Konsumvereinen in diesem Zeitraum ist lediglich einem einzelnen Manne zuzuschreiben, dem Generalstaatskassenbuchhalter G. H. Viedke in Berlin. Seine aufopfernde Thätigkeit hat leider keinen Erfolg gehabt wegen der Mängel seines Unternehmens und weil die Errichtung von eigentlichen Konsumvereinen noch keinem größeren Bedürfnis entsprach.

Von Mitleid erfüllt über die allgemeine geistige und leibliche Verarmung der untersten Volksklassen in Berlin, beschloß Viedke, eine Sparkasse auf das Prinzip der Selbsthilfe zu gründen, welcher die Armen wöchentlich und täglich ohne Zeit- und Kostenaufwand auch die kleinsten Beiträge übergeben könnten. So wollte er den Armen zu einem Besitztum verhelfen, wozu ihnen gewöhnliche Sparkassen wegen der Höhe ihres Mindestbetrages an Einlagen keine Gelegenheit geben. Für die gesammelten Ersparnisse sollten schon im Sommer die Winterbedürfnisse eingekauft werden, um sich außer den Vorteilen des Großeinkaufes auch die des Einkaufes zu einer Zeit größerer Wohlfeilheit zu verschaffen. Die Einkäufe für Holz, Torf, Kartoffeln, Hülsenfrüchte u. s. w. besorgte der Vorstand.

Vorerst nahm seine Sache einen vielversprechenden Aufschwung; 1846 wurden in Berlin in 29 Bezirken Spargesellschaften gebildet, welche 5401 Mitglieder zählten und etwa 22 000 Thaler Ersparnisse aufwiesen; aus dem Jahre 1847 erfahren wir, daß in der Vereinigung zum Holzverkauf nicht weniger als 8646 Sparer mit 47 254 Thaler Einlagen gezählt wurden. Doch müssen alle diese Ergebnisse zum großen Teil der gerade herrschenden Teuerung zugeschrieben werden, denn schon im Jahre 1848 scheint die Schöpfung Viedkes in der politischen Aufregung spurlos untergegangen zu sein.

Die Anregung, welche Viedke gegeben, war jedoch so groß, daß seine That manche Nachahmung fand und Spargesellschaften nach seinem Muster sich über fast ganz Deutschland verbreiteten und auch außerhalb Deutschlands, namentlich in Belgien und in der Schweiz, errichtet worden sind.

Am meisten Beifall fanden die Vereine in Württemberg. Hier machte im September 1847 die Centralleitung des Wohlthätigkeitsvereins in Stuttgart in einem ausführlichen Artikel auf sie aufmerksam. Infolge dieser Anregung entstand ganz nach Riedke'schem Muster die Spargesellschaft in Gmünd; diesem Beispiele folgten im Jahre 1848 Nehren und Ulm, 1849 Stuttgart, Ludwigsburg, Göppingen, Cannstadt u. a. Der bedeutendste dieser Vereine war der zu Ulm, wo im Sommer 1848 in 30 Wochen von 213 Personen 1538 fl. 23 kr. eingelegt worden waren. Doch auch in Württemberg ging die Teilnahme trotz des ersten Aufschwunges, bald wieder zurück. Nicht unwahrscheinlich ist jedoch, daß einige der späteren, hier wohl zuerst in Deutschland entstandenen Konsumvereine auf diese Sparvereine zurückzuführen sind.

d. Produktivgenossenschaften.

Die erste Kunde von Produktivgenossenschaften haben wir schon aus der Zeit vor der Entwicklung der modernen Großindustrie in Deutschland. Die Bedingungen zu ihrer Entstehung waren in allen denjenigen fabrikmäßig betriebenen Gewerbszweigen gegeben, welche der Bevölkerung einer ganzen Gegend zwar Nahrung boten, aber auch einseitig für eine Berufsthätigkeit heranzubilden und deshalb in Zeiten der Erwerbsstockung unfähig machten, andere Berufszweige zu ergreifen. Sollten solche Bevölkerungen nicht ganz verkommen, so sahen sie sich gezwungen, in ihrem alten Nahrungszweige auch fernerhin ihr Brot zu suchen, wobei sie aber immer nur dann auf Erfolg rechnen konnten, wenn sie entweder künstlich, nicht durch das Mittel von Angebot und Nachfrage, Beschäftigung erhielten oder durch Umgestaltung des bisherigen Betriebes ihre Erwerbsbedingungen früher oder später zu bessern vermochten.

Zu solchen Gewerbszweigen gehörten z. B. schon anfangs dieses Jahrhunderts in Deutschland die Tuchmacher, sowohl Weber als Spinner. Hier war der Sieg der großen Betriebe über die kleinen sehr rasch entschieden, und es bestanden bedeutende Zünfte, an welche sich die Neugestaltung des Betriebes anlehnen konnte. Beispiel einer solchen zeitgemäßen Umbildung einer Tuchmachergewerkschaft ist die Tuchmachervereinigung in Sagan, welche 1841 ein Vermögen von 229 817 Thalern besaß. Auch in den sächsischen Wollmanufakturstädten bestanden solche Vereinigungen von Tuchwebern, welche die

einen fabrikmäßigen Betrieb erfordernden Arbeiten auf gemeinsame Rechnung betrieben und teilweise auf einen Zeitraum von 50—60 Jahren und noch weiter zurückreichten.

e. Baugenossenschaften.

Schwieriger noch als für Konsumvereine und Produktivgenossenschaften sind die Entstehungsbedingungen für Baugenossenschaften. Nicht nur setzen sie eine örtlich stark entwickelte Industrie voraus mit zahlreicher Arbeiterbevölkerung, sondern auch eine große Freiheit im Baugewerbe und eine gute gesetzliche Ordnung des Hypothekenwesens. Die beiden letzteren Bedingungen waren lange Zeit nicht vorhanden. Wegen der mit dem Baugewerbe verbundenen gemeinen Gefahr ist dasselbe zuletzt von allen der Gewerbefreiheit teilhaftig geworden, und dem Bau kleiner Häuser ungünstige Polizeiverordnungen sind ein besonderes Hindernis für die Bildung von Baugenossenschaften gewesen. Nicht weniger auch hinderte der Zustand des Grundkredits vielfach, daß das Kapital sich dem Häuserbau zuwandte. Fast überall in Deutschland waren ungenügende Hypotheken- und Subhastationsordnungen, bestanden hohe Stempelabgaben und Gerichtsgebühren gerade für die Übertragung des unbeweglichen Eigentums und der Hypothekenforderungen, Zinsbeschränkungen u. s. w. In beiden Beziehungen trat ein Wandel zum Besseren erst mit der Gesetzgebung im Anfang der 60er Jahre ein.

Die einzige Form, in welcher der Zweck von Baugenossenschaften bis dahin erreicht werden konnte, war die von Aktienbaugesellschaften. Diese entstanden in ziemlicher Anzahl: z. T. wurden sie von Fabrikanten gegründet, um ihre Arbeiter an die Fabrik zu fesseln, z. T. von Privaten mit oder ohne Unterstützung von Staat und Gemeinden.

2. Das ländliche Genossenschaftswesen.

Ländliche Genossenschaften sind wohl so alt wie geordneter Ackerbau überhaupt. Sie sind in unseren Tagen in größerer Ausdehnung, unter anderen Formen, mit anderen Namen und vielfach auch mit anderen Zielen zur Anwendung gekommen, als ehemals. In früherer Zeit vereinigte man sich in genossenschaftlicher Weise fast nur zur Abwendung von Gefahren, welche durch natürliche Ereignisse, durch Wasser, Feuer, Mißernten, Verheerungen, hervorgerufen waren; in

der Neuzeit hat man mehr diejenige Gefahr im Auge, mit welcher der Kapitalismus seit dem Siege der freien Konkurrenz, seit der Anwendung landwirtschaftlicher Maschinen und der Ausbildung des Welthandels den ländlichen kleinen und mittleren Grundbesitz bedroht. Es gilt heute, sich durch Vereinigung die Vorteile des Großbetriebes zu verschaffen, um die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit zu steigern und eine rationelle Kultur auch auf kleinstem Besitz durchzuführen und zu erhalten.

Mehr auch als die städtischen Genossenschaften haben die ländlichen sich von jeher der Fürsorge und Unterstützung durch die Regierungen zu erfreuen gehabt. Aus diesem Grunde finden wir auf Subvention beruhende ländliche Genossenschaften nicht nur von Beginn des neuzeitlichen Genossenschaftswesens an, sondern auch noch sehr lange nach dem Entstehen von auf Selbsthilfe beruhenden ländlichen Genossenschaften; ja selbst ein Teil der letzteren erhält noch heute insofern mittelbare Unterstützung, als sie Beiträge aus den Staatskassen zu Verwaltungszwecken, Revisionen u. s. w. annehmen.

Die ersten ländlichen Genossenschaften nun waren solche, welche das Kreditbedürfnis der kleineren Landwirte befriedigen und dem Wucher, welcher sich ganze Landstriche gleichsam tributpflichtig machte, entgegenwirken wollten. Dem Bedürfnis nach derartigen Genossenschaften entsprang die 1831 erschienene kleine Schrift: „Über Vieh-Affekuranz = Kredit = Anstalten“ vom bairischen Medizinalrat Professor Dr. A. Ryß in Würzburg. In dieser Schrift wurde die Errichtung einer Viehaffekuranzkasse in Verbindung mit einer Viehkreditkasse vorgeschlagen in der Weise, daß jeder Kreditfucher sein Vieh versichert haben mußte, während der Versichernde zum Kreditnehmen nicht gezwungen sein sollte. In jeder Gemeinde sollte ein solcher Verein errichtet werden; die auf etwa 1 Quadratmeile befindlichen Gemeinden sollten zu Distriktsvereinen, die im Gebiet eines Landgerichts befindlichen Vereine zu Landgerichtsvereinen, diese letzteren endlich zu Kreisvereinen zusammentreten. Um die Bauern aus der verhängnisvollen Vormundschaft der Viehwucherer zu erlösen, sollte ihnen die Möglichkeit gegeben werden, unter Beirat der örtlichen Viehaffekuranzdeputation ihr Vieh zu besserer Zeit und Gelegenheit einzukaufen und zu verkaufen.

Die Art, in welcher das Kreditbedürfnis auftrat, war eine zweifache. Je nachdem es durch Viehwucher oder durch Geldwucher verursacht war, entstanden sogenannte Viehleihkassen, nach ältester Bezeichnung auch Kuhluden genannt, oder mit Geld unterstützende

Darlehenskassen, welche letzteren häufig in den mehr städtischen Gemeinden auch gewerblichen Zwecken dienten, wie z. B. die unter den Vorschußvereinen aufgeführten, in den 30er bis 40er Jahren entstandenen Kredit- und Hilfskassen im Kreise Unterfranken und Aschaffenburg.

Heute sind die Viehleihkassen sehr in den Hintergrund gedrängt von den Darlehnskassen. Häufig genug wohl dadurch, daß sie sich in diese umwandelten, indem statt des Viehes der Betrag für dasselbe hergegeben wurde, wodurch das Bedürfnis ebenso gut, aber in einer für die Verwaltung bequemerer Weise befriedigt wurde. Zu denjenigen Vereinen, welche sich so aus einer Viehleihkasse in eine Darlehnskasse umwandelten, gehörte auch der „Flammersfelder Hilfsverein zur Unterstützung unbemittelter Landwirte.“ Der Begründer desselben (1849) war Friedrich Wilhelm Raiffeisen, der Urheber der später so zahlreich gewordenen und eigenartig eingerichteten rein ländlichen Darlehnskassenvereine, welche als Raiffeisen'sche Darlehnskassenvereine einen so weiten Ruf erlangt haben.

Dieser Verein war, wie schon sein Name sagt, ein reiner Wohlthätigkeitsverein und in seiner Einrichtung das Gegenteil der späteren Darlehnskassenvereine. Nicht die Darlehnsempfänger z. B. waren die Mitglieder des Vereins, sondern nur die Darlehnsgeber, etwa 60 der wohlhabendsten Einwohner des Bezirks, welche sogar solidarisch für die in den Statuten des Vereins übernommenen Verbindlichkeiten und Garantien mit ihrem ganzen Vermögen hafteten. Lediglich durch solche Art der Solidarhaft, nicht auch durch Einzahlungen von Mitgliedern verschaffte sich der Hilfsverein das erforderliche Geld zum Ankauf von Vieh, welches den bedrängten Bauern unter der Bedingung überlassen wurde, daß sie das Geld für das Vieh in 5 Jahren durch jährliche regelmäßige Teilzahlungen dem Verein zurückzahlten. Aber bald schon zog man es vor, den Bauern gegen einfache Bürgschaft das bare Geld selbst zum Ankauf von Vieh unter denselben Bedingungen zu geben. Nach vierjähriger Wirksamkeit erfolgte, in Folge der Versetzung Raiffeisens nach Heddersdorf bei Neuwied, die Auflösung des Vereins. Er hatte während dieser Zeit in 507 Posten 11 735 Thaler auf fünf Jahre zu 7¹/₁₀ Prozent Zins und Provision dargeliehen; der Reingewinn betrug 620 Thaler, die Größe der Darlehne zwischen 5 und 110 Thalern.

II. Von 1849 bis zur Errichtung des Allgemeinen Deutschen Genossenschaftsverbandes im Jahre 1859.

1. Die genossenschaftlichen Theoretiker.

Einzelne Gedankenäußerungen über genossenschaftliche Einrichtungen und Grundsätze finden wir schon seit dem Anfang der 40er Jahre; ein durchdachter Plan aber zur Aufrechterhaltung des Handwerkerstandes war erst bei weiter vorgeschrittenem Verfall desselben möglich. Die erste Schrift, welche eine Art genossenschaftlicher Theorie entwickelt, ist die von Dr. W. A. Schmidt, außerordentlichem Professor der Geschichte an der Universität Berlin. Aus Anlaß der Vereinsbildungen zu Ende des Jahres 1844 verfaßte er die Schrift: „Die Zukunft der arbeitenden Klassen und die Vereine für ihr Wohl,“ welche gewissermaßen einen Operationsplan für den Centralverein für das Wohl der arbeitenden Klassen enthalten sollte, dessen Berliner Lokalverein er als Vorstandsmitglied angehörte. Mit Hilfe eines ganz Deutschland überziehenden Netzes von Genossenschaften sollten Staat und Gesellschaft durch eine Reorganisation der Arbeit der Verarmung entgegenwirken. Diese Reorganisation erschien ihm „einzig nur möglich durch die Association, durch die freie Verbrüderung in der sittlichsten Bedeutung, mit dem Zweck der wechselseitigen Unterstützung oder gegenseitigen Affekuranz.“

Theoretisch bedeutamer, wenn auch nicht weniger einflußlos auf das Genossenschaftswesen als diese Gedanken von Professor Schmidt, ist das, was der unter dem Schriftstellernamen Carl Marlo bekannte Professor Winkelblech, in seinem 1850 erschienenen Werke: „Untersuchungen über die Organisation der Arbeit, oder System der Weltökonomie“, über die genossenschaftliche, „societäre“ Geschäftsform oder, wie er sie auch nannte, „professionelle Association“ aussprach,

indem er diese als ein „wesentliches Mittel der socialen Reform und als einen der wichtigsten Bestandteile einer neuen, der föderalen Erwerbsordnung“ auffaßte. Im 12. Kap. seines Werkes vergleicht er die „professionelle“, nur Mitglieder desselben Berufsstandes umfassende Association einerseits mit der „kommunalen“, Mitglieder aller Produktionszweige umfassenden Geschäftsform, wie sie von den französischen Socialisten St. Simon, Fourier u. s. w. empfohlen worden war, und andererseits mit der „partikulären“ Geschäftsform, der gewöhnlichen gewerblichen Einzelunternehmung. Nach Abwägen aller Vorteile und Nachteile kommt Marlo zu dem Ergebnis, daß der „professionellen Association“, also der Genossenschaft, der Vorzug vor den beiden anderen Geschäftsformen, der „kommunalen“ wie der „partikulären“, gebühre. Diese vergleichenden Ausführungen Marlos scheinen um deswillen beachtenswert, weil sie klar und ausführlich die Umstände darthun, auf welchen die teilweise wirtschaftliche Überlegenheit der gemeinschaftlichen Unternehmung über die gewöhnliche Einzelunternehmung beruht.

Weit bedeutender und auch praktisch erfolgreicher als die Wirksamkeit dieser beiden Männer für das deutsche Genossenschaftswesen ist die des Professors Victor Limé Huber, welcher besonders seit 1851, nachdem er seine Professur in Berlin niedergelegt und sich in Wernigerode ansässig gemacht hatte, bis an seinen 1869 erfolgten Tod zur Ausbreitung der Genossenschaftsidee in Deutschland nicht wenig beigetragen hat. Aber auch bei ihm ist die genossenschaftliche Wirksamkeit weit mehr eine theoretische als praktische. Hieraus erklärt es sich, daß Huber anfangs, so lange auch Schulzes Thätigkeit eine vorwiegend theoretische war, als ein ebenbürtiger Nebenbuhler desselben erscheinen konnte, später aber, als seine praktische Wirksamkeit im Vergleich neben der immer großartiger werdenden von Schulze immer geringfügiger wurde, von diesem ganz in den Schatten gestellt worden ist.

Zum erstenmale trat Huber mit seinen genossenschaftlichen Ansichten hervor im Februar 1844 in der Hengstenberg'schen „Evangelischen Kirchenzeitung“. Hier führte er aus, daß weder der Staat allein, noch die bloße Vereinsthätigkeit oder gar bloßes Almosengeben imstande seien, die socialen Notstände zu bannen, sondern daß nur ein Zusammenwirken von Staat, Kirche und freier Vereinsthätigkeit, und namentlich eine ernste Mitarbeit der Geistes-, Geburts- und Geldaristokratie zu helfen vermögen. Dieser Gedanke nahm allmählich eine bestimmtere Form an. Huber schied die ge-

genossenschaftliche Tätigkeit in „innere Mission“ und „Association“. Beide sollten sich verhalten wie der Geist zum Fleisch. Die innere Mission sollte bestehen in der Pflege und Hebung der sittlichen und geistigen Kräfte der Arbeiter in christlichem Geiste, die Association in der Vereinigung vieler kleiner Kräfte zu einer großen, zum Zweck der Befriedigung aller Bedürfnisse in Produktion und Konsumtion.

Der Gedanke der inneren Mission entsprang bei Huber einer monarchischen, konservativen und christlichen Gesinnung; er ist gleichartig dem Grundgedanken des genossenschaftlichen und christlichen Socialismus in England, mit dessen Führern, Maurice, Ludlow u. A., Professor Huber in besonders freundschaftlichen Beziehungen gestanden hat. Der Gedanke der „Association“ bildete sich bei Huber hauptsächlich auf zwei Reisen nach England und Schottland 1844 und 1847.

Auf seiner ersten Reise lernte er die großen socialen und ökonomischen Gefahren kennen, welche aus der Ansammlung der Fabrikarbeiter an den Industriorten entstehen. Damals faßte er den Gedanken, daß diesen Gefahren durch die „innere Kolonisation“, wie er die Association damals nannte, auf die Weise begegnet werden könnte, daß Kolonien von 150 und mehr Häusern um die Industriorte aufgebaut würden, damit in ihnen die arbeitenden Klassen ihre Unterkunft finden könnten, um sich aus eigener Kraft gegen ein Hinabsinken in den Pauperismus zu bewahren. Dabei sollte es sich nicht darum handeln, die Arbeiter zu gemeinschaftlichem Erwerb zu verbinden und als Unternehmer in die Reihen der Großindustrie eintreten zu lassen, sondern allein darum, ihnen bei Beschaffung ihrer Lebensbedürfnisse die Vorteile des Großhandels zu verschaffen und sie gegen die nachteilige Ausnützung durch die Zwischenhändler zu sichern.

Diese „ökonomische Association“, wie Huber die „innere Kolonisation“ auch im Gegensatz zur „industriellen Association“ nannte, ist Zeit lebens der Kern seiner genossenschaftlichen Anschauungen geblieben, und man kann nicht umhin anzuerkennen, daß er damit das genossenschaftliche Problem, wie es in England vorlag, so gleich in seiner letzten Konsequenz richtig erkannt hat; denn nicht der geschäftliche Erwerb ist hier das letzte Ziel der genossenschaftlichen Bewegung, sondern der Besitz eines eigenen Heims, welches dem Arbeiter die Erhaltung und Selbständigkeit des Familienlebens sichert. Jedoch hat Huber dieses Ziel nicht in so planvoller Weise zu erreichen gedacht, wie es von den heutigen Führern der englischen Genossenschaftsbewegung beabsichtigt wird, vielmehr in

einer nicht weniger unvermittelten und daher utopischen Weise, wie die von ihm so bekämpften Socialisten und Kommunisten Fourier, Owen, O'Connor u. A., indem er die Wohnungsfrage stets als die unerläßliche Vorbedingung jeder weiteren socialen Reform angesehen hat, anstatt in ihrer Lösung den Gipfel derselben zu sehen. In Deutschland trat dieser Mangel seines Systems noch mehr hervor, weil er die Verschiedenheit der englischen, aus Arbeitern bestehenden Genossenschaften von den meist aus selbständigen Handwerkern, Kaufleuten u. s. w. bestehenden deutschen Genossenschaften über sah, für welche das Bedürfnis nach Wohnungen kein solches von dringendster Art war. Es war daher nur eine innere Notwendigkeit, wenn, wie schon erwähnt, die im Notstandsjahre 1846 hauptsächlich auf seine Anregung unter dem Protektorat des Prinzen von Preußen entstandene „Berliner Gemeinnützige Baugesellschaft“ mit ihrer Absicht, durch Bildung von Mietergenossenschaften die Mieter innerhalb 30 Jahren zu Eigentümern ihrer Wohnung zu machen, scheiterte.

Zimmerhin spricht schon allein diese Auffassung der „ökonomischen Association“ für Hubers Scharfblick in der Beobachtung genossenschaftlicher That sachen, noch mehr aber dies, daß Huber aus dem Wesen dieser Associationen heraus, bei dem Unvermögen der arbeitenden Klassen und bei der Unmittelbarkeit seiner Methode, die Staatshilfe auch finanziell für seine Absicht in Anspruch nahm und niemals grundsätzlich die Staatshilfe verworfen und der genossenschaftlichen Selbsthilfe allein vertraut hat.

Die zweite, 1847 nach England unternommene Reise erweiterte Hubers Begriff von der Association. Während er bisher Versuche von Produktivassociationen für verkehrt gehalten hatte, gab er sie zunächst wenigstens in Form sogenannter „latenter“ oder „monarchischer“ Genossenschaften zu, bei welchen ein Arbeitgeber oder eine andere Persönlichkeit von hervorragender Stellung Einrichtungen, wie Altersversorgung, Schulen, Bibliotheken, Kosthäuser u. s. w., schaffte, welche dem Arbeiter gegen geringe Opfer die Vorteile des großen Kapitals zukommen lassen. Als Huber später aber den geringen Opfer sum der englischen und deutschen Aristokratie und, im Gegensatz dazu, seit 1850 den wunderbaren Aufschwung der englischen Konsumvereine, besonders der Pioniere von Rochdale, wahrnahm, da gab er auch die Bedeutung der reinen, demokratischen Association zu und vertrat seitdem auch den Grundsatz, daß die Gefühle berechtigter Selbsthilfe und Selbständigkeit der arbeitenden Klassen nicht geschwächt, sondern gestärkt werden müßten.

In Wirklichkeit jedoch ist Huber für diese auf gemeinschaftlichen Erwerb gerichtete Association, welche er zum Unterschied von der „ökonomischen“ als „industrielle“ bezeichnete, niemals sehr lebhaft und folgerichtig eingetreten. Weil es ihm an Sinn und Fähigkeit zu praktisch genossenschaftlicher Thätigkeit fehlte, hat er niemals die wahre Bedeutung der Selbsthilfe kennen gelernt und ist er niemals ernstlich über die Empfehlung der von ihm so genannten „latenten“ Genossenschaften hinausgegangen.

Dies waren etwa die Ansichten Hubers vom Genossenschaftswesen, als er mit dem von Schulze ins Leben gerufenen deutschen Genossenschaftswesen (1854) bekannt wurde. In zahlreichen größeren und kleineren Werken, Zeitungsartikeln und Reden hat er seine Gedanken vertreten und dadurch, wenn auch mit anderem als dem beabsichtigten Enderfolge, viel zur Ausbreitung des genossenschaftlichen Gedankens unter den Gebildeten in Deutschland beigetragen.

Der eigentliche, alle überragende Theoretiker des deutschen Genossenschaftswesens ist der auch bedeutendste praktische Begründer desselben, Hermann Schulze, welchen Professor Huber mit Recht als „Vater der Genossenschaften“ bezeichnet hat. Die Theorie desselben läßt sich in drei Teile scheiden: 1) in einen Teil, welcher die allgemeine historische und sociale Notwendigkeit des modernen Gesellschaftswesens darthut; 2) in einen die Grundsätze des Genossenschaftswesens behandelnden Teil; und 3) in einen das genossenschaftliche System, d. h. das Verhältnis der verschiedenen Zweige des Genossenschaftswesens zueinander erörternden Teil.

Der erste, sociale und historische Teil der Theorie ist der am frühesten vorhandene und auch gänzlich unverändert gebliebene; er findet sich schon in der ersten eigentlich genossenschaftlichen Schrift Schulzes in dem „Associationsbuch für deutsche Handwerker und Arbeiter,“ Leipzig 1853. Mit einer psychologischen Betrachtung beginnend, heißt es dort:

„Das gesellschaftliche Zusammenleben der Menschen dreht sich um zwei Angelpunkte, welche, in der Menschennatur selbst begründet, einander polarisch entgegenstehen und einander notwendig bedingen: die Individualität — das Einzelleben — mit ihrer Abgeschlossenheit, mit dem Drange nach Selbstständigkeit, nach freiem Gebahren des Willens und der Kräfte, und das Gemeinschafts-, das Gattungsleben, mit der

Forderung der Unterordnung, der Hingebung an die Gesamtheit. In der Ausgleichung und wechselseitigen Durchdringung der beiden bezeichneten Gegensätze besteht die Gesundheit der socialen Existenz, und nur diejenige Organisation kann als eine normale gelten, in welcher die freie Selbstbestimmung des Individuums durch die Gesamtheit nicht aufgehoben wird."

Von diesem Grundgedanken ausgehend nimmt Schulze nunmehr Stellung zu den beiden einander gegenüberstehenden Lehren des Socialismus und der freien Konkurrenz. Hinsichtlich dessen, was seine Associationen mit dem Socialismus gemein haben, schreibt er: „(es) haben dieselben im wesentlichen die Grundforderung der Garantie einer lohnenden Thätigkeit für alle mit dem Socialismus gemein. Auch fußen beide ferner, um sich diese Garantie zu verschaffen, auf dem Grundsätze der Solidarität. Unter letzterem Begriff versteht er, daß die zu jedem dieser Verbände gehörigen Mitglieder es unternehmen, durch das Entstehen Eines für Alle und Aller für Einen einander jene für ihre Existenz so notwendige Sicherheit innerhalb ihres geschlossenen Kreises gegenseitig zu gewähren."

Über diese beiden Grundsätze geht die Übereinstimmung mit dem Socialismus nicht hinaus; ja, schon bezüglich der Art und Weise, wie die Solidarität herzustellen, ist Schulze mit den Socialisten nicht mehr derselben Ansicht. Schulze sagt: „Während der Socialismus jene Garantie der Gesellschaft in ihrer Totalität, zumeist der Staatsgewalt, aufbürdet und zu diesem Behufe deren sofortige Reorganisation auf ganz neuen Grundlagen verlangt, ziehen es die Associationen vor, sogleich bei den der Entwicklung fähigen Elementen des Bestehenden anzuknüpfen, und ordnen dieselbe in bestimmte, nach Thätigkeit und Interesse unterschiedene Gruppen." Er begründet diese seine Art der Solidarität damit, „daß man nicht erst auf das Eintreffen so problematischer Voraussetzungen warten kann, und daß, was eine solche Garantie specieller Genossenschaften der allgemeinen des Staats in extensiver Hinsicht auch nachstehen möchte, das durch ihre größere Intensivität, den engeren Anschluß der Mitglieder, die Konzentrierung ihrer Gemeinschaft auf bestimmte, für alle gleiche Zwecke reichlich aufwiegt."

Die Lehre von der freien Konkurrenz wird hingegen nachdrücklich gegen den Socialismus verteidigt. „Ob die Aufhebung der Konkurrenz, welche der Socialismus für die gesellschaftlichen Übel verantwortlich macht, überhaupt möglich ist, sei dahingestellt. Die Associationen lassen vielmehr einer ebenso natürlichen als unentbehrlichen Triebfeder ihre volle Geltung. Die Übelstände, welche man

der Konkurrenz zur Last legt, rühren nicht von der Konkurrenz selbst her, sondern im Gegenteil davon, daß der unbemittelte Arbeiter mit dem Kapitalisten eben nicht zu konkurrieren vermag. Es kommt darauf an, nicht die kleinen Gewerbetreibenden durch polizeiliche Verbote gegen die Konkurrenz des Großbetriebes zu schützen, sondern sie zur Konkurrenz mit demselben selbst zu befähigen, nicht jene zu dem niedrigeren industriellen Standpunkt der letzteren herabzuziehen sondern die letzteren zu dem höheren ihrer bisherigen Gegner emporzuheben.“ Das Mittel hierzu sind ihm die Associationen, „indem sie dem Arbeiter die gleichen Bedingungen des Erwerbs und der Wirtschaft geben wie dem Kapitalisten dadurch, daß sie ihm Kapital und Kredit zur Verfügung stellen, um die Roh- und Hilfsstoffe im Großen einzukaufen, sich alle technischen Produktionsmittel anzuschaffen, im Großbetrieb produzieren und durch Großhandel die vollkommenste Verteilung der gewerblichen Arbeitsprodukte bewirken zu können.“

Sind dies die allgemeinen Grundgedanken von Schulzes Theorie, so bleibt noch zu sagen, daß Schulze, trotz der von ihm anerkannten Gleichberechtigung beider Weltanschauungen, des Individualismus und des Socialismus, in Wirklichkeit weit mehr Individualist als Socialist gewesen ist, aber auch gerade dadurch zum Retter des in seiner Selbständigkeit bedrohten Handwerkerstandes berufen war. So wenig sich Schulze der Einsicht verschlossen hat, daß die bedrängte Lage der arbeitenden Klassen, als unleugbare Folge der großartigen Fortschritte der neuzeitlichen Industrie, keine zufällige, bloß vereinzelte Erscheinung war, keiner bloß momentanen Ursache, sondern einer stetig fortwirkenden, die Gesamtheit aller Bedingungen des heutigen Verkehrs beeinflussenden Ursache beizumessen war, so sehr betonte er es stets, daß die notwendig gewordene Entwicklung an die bestehenden gewerblichen Verhältnisse anknüpfen müsse unter möglichster Schonung der nicht mehr haltbaren Interessen und unter möglichster Verwendung aller noch entwicklungsfähigen Bestandteile. Historischer Sinn und wirklich konservative Neigungen machten ihn zu einem größeren Individualisten als es dem Obersatz seiner Theorie gemäß war.

Der zweite, die Grundsätze des Genossenschaftswesens behandelnde Teil von Schulzes Theorie stellt sich die Aufgabe, die bis dahin selbständigen und unabhängigen kleinen Unternehmer unter den veränderten wirtschaftlichen und socialen Bedingungen als Klasse zu erhalten. So sehr Schulze das Verdienst von Anstalten öffentlicher Wohlthätigkeit und die Bestrebungen ein-

zelner Arbeitgeber und gemeinnütziger Vereine zur Linderung des Elends im einzelnen oder zur Abstellung schreiender Übelstände unter den arbeitenden Klassen anerkannte, für ebenso völlig verkehrt hielt er die Mildthätigkeit, wenn es darauf ankam, dauernde, habituell gewordene schlimme Zustände großer, zahlreicher Bevölkerungsklassen zu heben. Er war der Überzeugung, daß die Quelle des Elends in den verarmenden Massen nur mit Zuthun der in Not Befindlichen selbst verstopft werden kann, indem in ihnen der Wille und die Kraft, sich emporzuarbeiten, und das Bewußtsein von der Verantwortlichkeit für das eigene Thun und Lassen geweckt wird. Schulze wollte dies erreichen, erstens durch Begründung von Genossenschaften als Erwerbsvereinen, mittels deren die in ihrer Vereinzelung zu schwachen kleinen Unternehmer sich gegenüber dem Großunternehmer behaupten sollten, und zweitens dadurch, daß er den ganzen Stand wirtschaftlich erziehen, ihm einen neuen Geist einflößen wollte, um ihn sowohl für immer vor dem Rückfall in seinen früheren wirtschaftlichen Zustand zu bewahren, als auch ihn zu befähigen, immer von neuem die notwendige Änderung und Weiterbildung der wirtschaftlichen Organisation mit größter Zweckmäßigkeit vorzunehmen. In beiderlei Absicht finden sich die Grundgedanken ebenfalls schon in seinem „Associationsbuch,“ aber noch ungeklärt und unentschieden; seine schöpferische Thätigkeit jedoch und später die Notwendigkeit, seine Schöpfungen im Kampf mit denen anderer zu erhalten, hat Schulzes Anschauungen hierin immer weiter entwickelt und geklärt.

Die Bildung der Genossenschaften als Erwerbsvereine geschah durch Schulze nicht nach einem von Anfang an vorhandenen, wohlüberlegten Plane, sondern ergab sich erst nach einem längeren Versuch, die gegebene Associationsform der Hilfs- und Unterstützungsvereine zu seinen Zwecken zu benutzen. Die Erkenntnis jedoch von der Unmöglichkeit, wirtschaftlich bedeutende Ergebnisse mit dieser Form zu erzielen, hat ihn dann einer aus Frankreich kommenden Anregung folgen lassen. Die nun von Schulze gegründeten, von ihm so genannten Rohstoffassociationen sind als die ersten deutschen Erwerbsgenossenschaften anzusehen. Aber durch diese Genossenschaften allein hätte Schulzes Name niemals weltberühmt werden können, weil auch mit ihnen ein für das Ganze und Große der Volkswirtschaft nur mäßiges Ergebnis erzielt werden kann. Ein wirklich großes,

ins Riesige anwachsendes Ergebnis wurde erst ermöglicht durch die Gründung von auf richtigen Grundsätzen beruhenden Vorstoßvereinen. Den wichtigsten dieser Grundsätze, die Beschaffung von eigenem Betriebskapital bethätigt zu haben, ist, wie wir sehen werden, das Verdienst der auf fremde Anregung hin entstandenen Rohstoffvereine.

Der erste von Schulze im Sommer 1849 gegründete Verein war eine Kranken- und Sterbekasse in Delitzsch. Diese war zwar noch kein Erwerbsverein zu nennen, stand aber doch, soweit sie als Krankenkasse organisiert war, einem solchen sehr nahe. Man verpflichtete nämlich kontraktlich einen Arzt und zwei Apotheken zur Hergabe ihrer Dienste, beziehungsweise Heilmittel zu einem billigeren Satze, als ihn der Einzelne erlangen konnte. Der Unterschied eines solchen Hilfsvereins von einer Genossenschaft, welche zu gemeinsamer Benutzung eine Maschine ankauft oder Lebensmittel im großen einkauft, besteht offenbar nur darin, daß, weil derartige Hilfsvereine von ihren Mitgliedern in der Regel nur selten und niemals regelmäßig benutzt werden, der Gewinn daraus sich nicht zur Erwerbsquelle für die Mitglieder eignet.

Die Gründung eigentlicher Erwerbsvereine durch Schulze führt auf die Anregung zurück, welche Schulze durch Schriften über französisches Genossenschaftswesen erhalten hatte, besonders durch einen Bericht Fallatis über A. Cochuts Werk: „Les associations ouvrières“, in der Tübinger Zeitschrift (1851), von welchem das 2. Kap. seines Associationsbuches von 1853 in seinem größeren Teile nur ein Auszug ist. Schulze unternahm jetzt die Gründung einer Reihe von sogenannten Rohstoffassociationen, welche die ersten deutschen Genossenschaften gewesen sind. Im Sommer 1849 rief er zunächst die Rohstoffassociation der Tischler und dann die der Schuhmacher ins Leben, beide in Delitzsch. Im folgenden Jahre entstanden in Eisenburg je eine Association für Schneider und für Schuhmacher, 1852 in Bitterfeld eine für Schuhmacher und anfangs 1853 eine für Schneider in Delitzsch. Diese sind die ersten sechs Rohstoffgenossenschaften in Deutschland, von denen Schulze glaubte, daß durch ihre Nachahmung die Aufrechterhaltung des Handwerkerstandes erreicht werden würde. Die bedeutendste dieser Associationen war die erste, die der Tischler in Delitzsch. Im Jahre 1853 hatte das Betriebskapital derselben eine Höhe von etwa 2500 Thalern erreicht, welche ganz aus eigener Kraft aufgebracht waren; es bestand aus 114 Thalern Einlagen der 57 Stifter des Vereins, aus 414 Thalern Reserve aus dem Reingewinn und aus etwa 2000 Thalern Darlehen. Letztere

überhaupt waren der Genossenschaft gegen solidarische Verpflichtung aller Mitglieder mehr als genügend angeboten worden.

Als Schulze seine Rohstoffgenossenschaften gründete, glaubte er offenbar den französischen im wesentlichen ganz gleichartige Genossenschaften geschaffen zu haben, und doch waren seine Genossenschaften von ganz anderer Art. Die französischen Produktivassoziationen des Jahres 1848, welche Schulze kennen gelernt, waren vorwiegend von Arbeitern gegründet worden, welche unfähig waren, aus eigenen Mitteln das zu einem Erwerbsunternehmen erforderliche Betriebskapital sofort aufzubringen; sie hätten deshalb auch keine Assoziationen bilden können, wenn ihnen nicht aus einem Fonds von 3 Millionen Franks mehr oder weniger beträchtliche Subventionen zugeflossen wären. Diese Unfähigkeit zur Selbsthilfe bei Aufbringung eines Betriebskapitals haben noch alle reinen Arbeitergenossenschaften bewiesen, ausgenommen wenn sie, wie es in England geschah, Konsumvereine bildeten, von denen nur der ganz verdienstlose und deshalb zum Selbstunterhalt unfähige Arbeiter ausgeschlossen ist. Doch auch in England hat sich die Fähigkeit zur Selbsthilfe in den Konsumvereinen erst gezeigt, nachdem die englischen Arbeiter 1824 nach heftigem Kampfe die Aufhebung der Koalitionsverbote erlangt hatten. Erst seit dieser Zeit begannen die englischen Genossenschaften sich von der patronisierenden Leitung Owens loszumachen und häufigere Versuche zur Ansammlung von Betriebskapital aus Arbeitermitteln zu machen.

Die Mitglieder der Schulze'schen Rohstoffgenossenschaften waren nun aber, im Gegensatz zu den Mitgliedern der französischen und englischen Genossenschaften, nicht unselbständige Arbeiter, sondern nur erst von Verarmung bedrohte kleine Unternehmer. Reine Arbeitergenossenschaften wären damals in Deutschland auch noch nicht möglich gewesen, da es an einer eigentlichen industriellen Arbeiterklasse, welche das bestehende Koalitionsrecht für seine Interessen hätte ungenügend finden können, erst im Entstehen begriffen war. Diesem Stande kleiner Unternehmer mußte es durchaus fern liegen, nach Staatssubvention zu verlangen, weil solche leicht eine Beschränkung ihrer bisherigen wirtschaftlichen und sozialen Selbständigkeit, um deren Aufrechterhaltung sie gerade die Genossenschaften bildeten, infolge Staatseingriffes in die Geschäftsführung und Verwaltung nach sich ziehen mußte. Aus diesem Grunde haben sie sich, zum Unterschiede von den französischen Genossenschaften, wie bisher in ihren privaten Unternehmungen, das erforderliche Betriebskapital auch zu ihrem genossenschaftlichen Unternehmen selbst beschafft.

Im Gegensatz zu den englischen Genossenschaften mußte auch das bestehende Associationsrecht natürlicher Weise dem Bedürfnisse des Unternehmerstandes genügen. Denn wenn der Arbeiter gerade in der möglichst innigen Vereinigung aller Interessen mit seinesgleichen Schutz und Förderung derselben suchen mußte, so konnten die Unternehmer, wenn sie als Klasse bestehen wollten, nur das gerade entgegengesetzte Bestreben haben, untereinander nur eine möglichst geringe Interessengemeinschaft einzugehen und mit dem bestehenden Vereinsrecht auszukommen. Haben mithin das französische wie das englische Genossenschaftswesen unverkennbar von Anfang an einen socialistischen Zug gehabt, so ist in dem deutschen von vornherein ein individualistischer Zug vorhanden gewesen und die Bahn genossenschaftlicher Entwicklung gleichsam von der entgegengesetzten Richtung her beschritten worden.

Diesen Gegensatz hat Schulze von Anfang an erkannt und in häufiger grundsätzlicher Gegenüberstellung der Begriffe Selbsthilfe und Staatshilfe ausgesprochen. Die englischen Genossenschaften waren ihm damals noch gar nicht oder nur sehr wenig bekannt, so daß sich in jener Anfangszeit allerdings nur Urteile von ihm über das französische Genossenschaftswesen finden; aber diese sind häufig und tadeln die Neigung zur Staatshilfe bei den französischen Genossenschaften auf das stärkste.

Die wirtschaftliche Erziehung auf dem Wege der Selbsthilfe verwirklichte Schulze zuletzt in zweierlei Weise: 1) durch Beschaffung von Betriebskapital aus eigener Kraft, d. h. entweder aus eigenen Barmitteln oder durch Benutzung des gemeinsamen Kredits gegen solidarische Verhaftung aller Mitglieder, und 2) durch Einführung der Selbstverwaltung in den genossenschaftlichen Geschäftsbetrieb. Am meisten ist die Selbsthilfe durch Beschaffung eines eigenen festen Betriebskapitals auf den beiden angeführten Wegen durchgeführt worden, weniger durch Einführung der Selbstverwaltung, welche vielmehr bis heute noch unvollkommen geblieben ist. Aber auch was die Beschaffung von eigenem Betriebskapital anbetrifft, so werden wir sehen, daß Schulze die beiden angegebenen Mittel dazu keineswegs von Anfang als gleichberechtigt und gleichwertig angesehen hat, daß von ihm vielmehr das Mittel der eigenen Kapitalbildung vor dem des Kredits als das hauptsächlichste und wesentliche angesehen

worden ist, selbst nachdem er die große Bedeutung der Verwendung fremder Gelder gegen solidarische Verhaftung hat anerkennen müssen.

Der dritte, das System der Genossenschaften behandelnde Teil von Schulzes Theorie findet sich ebenfalls schon in seinem „Associationsbuch“ von 1853 ausgebildet. Waren doch bis dahin schon, trotz der kleinen Zahl von zwölf Associationen, vier verschiedene Arten derselben zu unterscheiden, nämlich zwei Hilfsvereine, sechs Rohstoffassociationen, zwei Vorschußvereine, und zwei Konsumvereine. Für sein ferneres Wirken scheint Schulze das theoretische Bedürfnis gehabt zu haben, sich sowohl des Unterschiedes der verschiedenen Arten bewußt zu werden als auch sie wiederum in einen möglichst einheitlichen ökonomischen Zusammenhang zu bringen. Dieses System war etwa folgendes.

Um den Arbeiter- und Handwerkerstand mit dem Großunternehmerstand konkurrenzfähig zu machen, dazu sollten die „Associationen für gemeinschaftliche Rechnung“ dienen. Sie waren, wie Schulze es nannte, die Spitze seines Systems. Darin, daß nicht mehr der Einzelne, sondern die Association dem Publikum als Produzent gegenübertritt, darin, daß sie es ist, welche den Mitgliedern Arbeit und Lohn zuerteilt und die Produkte für Rechnung der Gesamtheit verwertet, sollte auch die gesuchte Garantie sowohl für ausreichende Beschäftigung aller wie für Erzielung angemessener Preise und Löhne liegen.

Alle übrigen Associationsformen sollten nur die Produktivassociation vorbereitende, sogenannte Distributivassociationen sein. Nach Schulzes Ansicht sollte mit einer gewissen Zurückhaltung bei Errichtung von Produktivassociationen vorgegangen werden, da die Zerstörung der früheren Gewerbsorganisationen noch nicht vollständig genug erfolgt wäre, um mit völliger Freiheit zum Neubau schreiten zu können; auch hätte man sich vor unvernünftigen und übereilten Versuchen zu hüten, weil sie bisher meist mißlungen, was jedesmal die üble Folge gehabt hätte, daß dadurch der Boden auf längere Zeit für jede derartige Saat verdorben worden wäre.

Unter den Distributivassociationen wies Schulze die erste Rolle den sogenannten „speciellen gewerkschaftlichen Associationen“ zu, weil sie den vorbereitenden Zweck am meisten erfüllten. Diese sollten für gemeinschaftliche Rechnung die zum Gewerbebetrieb der Einzelnen erforderlichen Rohstoffe anschaffen und manche andere gemeinsame Anstalten treffen, wie sie zum Beispiel in Anschaffung von für den Einzelnen zu kostspieligen Arbeitsvorrichtungen und in Errichtung

gemeinschaftlicher Magazine für den Verkauf von Produkten bestehen. In diesen Rohstoff-, Werkzeug- und Magazingenossenschaften sollten sich die Mitglieder nur die Vorbedingungen eines lohnenden Gewerbebetriebes sichern, ohne sich im Gewerbebetriebe selbst zu associieren, vielmehr dieser noch von jedem für sich, wie bisher auf eigene Rechnung, fortgesetzt werden. Erst wenn den Mitgliedern auf diese Weise die außerordentliche Macht der Association augenfällig bewiesen, sie gewissermaßen für die höhere Stufe empfänglich und reif geworden wären, sollten sie allmählich zur Bildung großer gemeinsamer Etablissements in Produktivassociationen vorschreiten.

Die Konsumvereine, oder, wie Schulze sie nannte, „Associationen zur Beschaffung notwendiger Lebensbedürfnisse“ nahmen in seinem System nur eine etwas lose Stelle ein; wahrscheinlich war es der Einfluß der englischen Genossenschaftsbewegung, die er jetzt besonders durch Professor Hubers Schriften kennen gelernt hatte, welcher ihn bewog, diesen Genossenschaften, wegen ihrer thatfächlichen Bedeutung, in seinem System eine Stelle anzuweisen. Er reihte sie neben die Rohstoffassociationen, weil sie wie diese den Mitgliedern die Vorteile des Bezuges im großen gewähren, während sie von diesen sich dadurch wesentlich unterscheiden, daß sie keine unmittelbare, den Gewerbebetrieb für gemeinschaftliche Rechnung in Produktivassociationen vorbereitende Bedeutung haben.

Eine fast nicht weniger untergeordnete Stellung nahmen in seinem System ursprünglich die Vorschußvereine ein. Sie waren in seinem Sinne nur ein Aus Hilfsmittel, welches wohl oder übel in allen Kleinstädten zur Förderung des Associationswesens ergriffen werden mußte. Bei der geringen Zahl von Gewerbetreibenden gleichen Berufes in den meisten Gewerben einer Kleinstadt war die Bildung von speciellen gewerkschaftlichen Associationen schwierig und selbst unmöglich. Gab es keine andere Art der Association, so war die Möglichkeit, dem mittleren und kleinen Gewerbebestande durch Kreditbeschaffung aufzuhelfen, nur von geringer Bedeutung. Aus diesem Grunde erschien eine allgemeine Verbindung von Gewerbetreibenden aus den verschiedensten Berufen unerläßlich, welche allein darauf angewiesen war, durch gemeinschaftlichen Kredit die dem Einzelnen nötigen Geldmittel zu beschaffen.

Schulze hat dies System, so mangelhaft es auch war, doch mit großer Zähigkeit festgehalten; ein Beweis, wie nötig ihm ein solches war für seine Wirksamkeit. Nur erst die praktische Notwendigkeit führte ihn dazu, dasselbe ganz aufzugeben, als der große wirtschaft-

liche Aufschwung zu Anfang der 70er Jahre der ganzen Entwicklung des deutschen Genossenschaftswesens eine nicht mehr länger zu verkennende Richtung gab. Für die speciellen gewerblichen Genossenschaften haben Schulze und seine Freunde stets eine theoretische Vorliebe gehabt, welche aber die Entwicklung je länger je weniger gerechtfertigt hat, so daß man ihre praktische Bedeutungslosigkeit endlich anzuerkennen nicht umhin konnte. Bei Schulze erklärte sich diese Vorliebe aus der Bedeutung, welche die Rohstoffassociationen für seine Theorie hatten; waren sie es doch, durch welche er die Bedeutung des Prinzips der Selbsthilfe erkannte und durch welche dieser Grundsatz erst auf die Vorschufsvereine übertragen worden ist, ohne welche Vermittlung also das deutsche Genossenschaftswesen nicht seine heutige Entfaltung erlangt haben würde.

Sein System zeigt ferner, wie groß bei ausreichender Erfahrung auf Schulze der Einfluß des ausländischen, besonders des französischen Genossenschaftswesens gewesen ist. Den ihm praktisch ganz unbekannten Produktivassociationen wies er die erste, den speciellen gewerblichen Associationen die zweite Stelle zu. Beide Arten von Genossenschaften haben thatfächlich die geringste praktische Bedeutung erlangt; den Vorschufsvereinen, welche den ersten Rang eingenommen haben, wies er die letzte Stelle zu.

Endlich beweist sein System, wie wichtig der Umstand war, daß Schulze seine wirtschaftlichen Bestrebungen unter kleinstädtischen Verhältnissen begann. Lag darin auch nicht bloß für den Anfang eine Schwäche, da es ihm stets schwer gefallen ist, die Gesamtheit deutscher wirtschaftlicher Verhältnisse anders als nach denen seiner Heimatstadt zu messen, so wurde doch dieser Umstand auch der Grund, weshalb die Vorschufsvereine die Träger der ganzen deutschen Genossenschaftsbewegung geworden sind. In einer Großstadt hätte die Notwendigkeit, aus Mangel an Personen eines Berufes Handwerker und Arbeiter der verschiedensten Gewerbe in derselben Genossenschaft zu vereinigen, nicht so nahe gelegen; die Organisation von speciellen gewerkschaftlichen Genossenschaften wäre hier sicherlich in einem solchen Umfange möglich gewesen, daß sie die körperliche und geistige Kraft eines einzelnen Mannes vollkommen in Anspruch genommen hätte. Anstatt eines für die kleinsten wie für die größten städtischen und ländlichen Verhältnisse passenden Genossenschaftswesens hätten wir mithin wahrscheinlich nur ein in den Hauptstädten des Landes verbreitetes Associationswesen nach der ursprünglichen französischen Art erhalten.

2. Die Entwicklung der Vorschußvereine.

Als Schulze in Delitzsch seine praktische Thätigkeit begann, geschah es vermittelt sowohl der Presse als des Vereinswesens. Seine schon 1850 herausgegebene „Mitteilung“ über die bis dahin entstandenen wenigen Vereine in Delitzsch und Eilenburg hatte nur geringen Erfolg gehabt. Es entstanden zwar mehrere Rohstoffassocationen der Handwerker in verschiedenen Gegenden des nördlichen Deutschlands, unter welchen die 1851 gegründete Schuhmacheraffociation zu Wolfenbüttel die bedeutendste war. Indessen wurde die Sache noch immer wenig beachtet. Erst als Schulze mit den weiter gewonnenen Resultaten in seinem „Affociationsbuch“ von 1853 auftrat, nahm das Publikum und die Presse mehr Notiz von diesen Bestrebungen. Ein wichtiger Erfolg für Schulze war es, daß Anfang 1854 Fr. G. Wieck Schulze zu stehenden Referaten über das deutsche Genossenschaftswesen für die „Deutsche Gewerbezeitung“ in Leipzig, aufforderte. So entstand durch Übereinkunft zwischen beiden als Organ der Bewegung die „Zimmung der Zukunft,“ zunächst als besondere Abtheilung der Gewerbezeitung.

Den ersten Vorschußverein gründete Schulze im Frühjahr 1850 in Delitzsch in Folge des seit 1848 von allen Seiten erhobenen Rufes nach Errichtung von Handwerkerbanken. Aber dieser Verein war, nach dem „Affociationsbuch“, noch ein halber Wohlthätigkeitsverein, „der durch geschenkwaise Beiträge und zinsfreie Darlehne einen Fonds von 170 Thalern zusammenbrachte, sich jedoch insofern von anderen dieser Art unterschied, als außer denen, von welchen die eigentlichen Zuwendungen herrührten, auch die der Vorschüsse Bedürftigen durch fortlaufende Monatsbeiträge von je 1 Silbergroschen als Mitglieder herangezogen und so angehalten wurden, den Vereinsfonds aus eigenen Mitteln zu verstärken.“ Der Verein erwies sich als nicht lebensfähig, da „durch die Monatsbeiträge der Beteiligten kaum die Verwaltungskosten gedeckt wurden, einzelne Ausfälle bei ausgeliehenen Posten nicht ausblieben, der Abgang am Kapital aber durch keine neuen Zuwendungen ersetzt wurde.“

In dieser bedenklichen Lage erfolgte der erste Schritt zur Umwandlung des Vorschußvereins aus einer Art von Wohlthätigkeits- und Hilfsverein in einen Erwerbsverein durch Anwendung des einen der beiden erwähnten Mittel zur Aufbringung eines Betriebskapitals: durch Einführung der eigenen Kapitalbildung und

Schaffung eines eigenen Vereinsvermögens vermittelt Bildung von Geschäftsanteilen, wie es bei den von Schulze in Delitzsch und Umgegend gegründeten Rohstoffassocationen festgesetzt war und nun von hier aus auf die Vorschußvereine übertragen wurde.

Der erste Verein jedoch, bei welchem diese Umwandlung vollzogen wurde, war nicht der Delitzscher Vorschußverein, sondern der Darlehnskassenverein zu Eilenburg, einem Städtchen von damals 9–10 000 Einwohnern in der Nähe von Delitzsch. Schulze schrieb hierüber in der zweiten Auflage seiner Schrift Vorschuß- und Kreditvereine als Volksbanken (1859). „Erst als man bei den seit 1849 vom Verfasser in den Nachbarstädten Delitzsch und Eilenburg gegründeten Rohstoffassocationen der Schuhmacher und Tischler die außerordentliche Wirksamkeit der solidarischen Haft der Mitglieder als Kreditbasis erprobt hatte, wagte man, dieselbe auch auf die Vorschußvereine anzuwenden und dadurch deren Betriebskapital auf die dem Bedürfnis entsprechende Höhe zu bringen. Da inzwischen der Verfasser im Staatsdienst von Delitzsch abberufen wurde, so geschah der erste Versuch in Eilenburg durch zwei befreundete, um das Gemeinwohl verdiente Männer, den Arzt Dr. Bernharth und den Schneidermeister Bürman, welche den bisherigen Darlehnskassenverein 1850 auf obiger Grundlage mit dem besten Erfolge eröffneten.

Und als der Verfasser, nachdem er den Staatsdienst aufgegeben, nach Delitzsch zurückkehrte, wurde bei Reorganisation des Delitzscher Vereins im Herbst 1852 das System mit der eigenen Kapitalbildung für die Mitglieder, durch Einführung der Stammanteile, des Guthabens derselben in der Vereinskasse, dem Prinzip nach zum Abschluß gebracht.“ Der Delitzscher Verein erlangte darnach eine verhältnismäßig ebenso große Ausdehnung wie der Eilenburger. Die von 117 auf 30 herabgesunkene Zahl der Mitglieder stieg in wenigen Monaten auf 150, der Umsatz auf 500 Thaler im Monat, und reichliche Kapitalien strömten der Kasse zu.

Den beiden in Delitzsch und Eilenburg gegründeten Vorschußvereinen folgte zunächst 1853 der Vorschußverein im benachbarten Zörbig, der sich in kurzer Zeit ebenfalls zu äußerst erfolgreicher Wirksamkeit aufschwang, und weiter in 1854 die Vereine in Eisleben, Peine und Celle, in 1855 endlich die in Meissen und Bitterfeld, von denen ersterer durch die ausgezeichnete Thätigkeit seines Leiters, Advokat Hallbauer, namentlich im Königreich Sachsen bahnbrechend war. Dieser Aufschwung der Vorschußvereine wurde für Schulze der Anlaß, der Organisation der Vorschußvereine be-

sondere Fürsorge zuzuwenden, und so erschien 1855 sein Werk: „Kreditbanken als Volksbanken“ in erster Auflage. Diese Schrift brachte die Sache vollständig zum Durchbruch: seit 1856 verbreiteten sich die Vorschußvereine über ganz Deutschland und mehrten sich in einer solchen Weise, daß der Nachweis der einzelnen Vereine und ihrer Ergebnisse in der „Zinnung der Zukunft“ immer schwieriger wurde und Schulze seitdem statistische Tabellen darüber veröffentlichte. Den ersten dieser statistischen Nachweise gab Schulze heraus in der zweiten Auflage des eben genannten Buches (1859) über 22 Vereine mit 5420 Mitgliedern, welche mit einem Betriebsfonds von etwa $\frac{1}{4}$ Million Thalern an eigenem und fremdem Kapital 576 864 Thaler Vorschüsse und Prolongationen gewährt hatten. Die größte Verbreitung fanden die Vorschußvereine zunächst in Norddeutschland; nur sehr wenige entstanden vorerst in Süddeutschland, in Baiern gar keine. In Norddeutschland wies das Königreich Preußen die verhältnismäßig größte Zahl von Vereinen auf, vor allem die Provinz Sachsen, zu welcher Delitzsch gehörte. —

Der von nun an beginnende Aufschwung der Vorschußvereine ist jedoch nicht mehr allein der Einführung der eigenen Kapitalbildung durch Einrichtung von Geschäftsanteilen zu verdanken, sondern wahrscheinlich ebensosehr der Annahme fremder Kapitalien gegen solidarische Verpflichtung aller Vereinsmitglieder. Bei den Rohstoffassociationen war dieses zweite Mittel der Beschaffung von Betriebskapital auch schon von Anfang in Anwendung gebracht worden; bei der von Schulze 1849 in Delitzsch gegründeten Tischlerassociation betrugen, wie wir sahen, 1852 die fremden, angeliehenen Gelder 2000 Thaler von 2500 Thalern des gesamten Betriebskapitals.

Das Verdienst, dieses zweite Mittel der Annahme fremder Kapitalien gegen solidarische Verhaftung der Mitglieder zur Grundlage bei Einrichtung der Vorschußvereine gemacht zu haben, gehört dem Eilenburger Darlehnskassenverein unzweifelhaft in noch höherem Grade als in betreff der Einführung der eigenen Kapitalbildung. Der beste Zeuge hierfür ist wiederum Schulze selbst. In seinem „Associationsbuch,“ schrieb er über den Eilenburger Verein, „ohne daß von irgend einer Seite her dem Unternehmen die mindeste Beihilfe geleistet, oder auch nur das kleinste Opfer durch Beiträge oder zinsfreie Darlehne gebracht worden wäre, wurden einige hundert Handwerker und Arbeiter zu einer Association vereinigt. Durch fremde Darlehne gegen landesübliche Zinsen und gegen solidarische Verhaftung der Mitglieder, sowie durch laufende niedrige Monats-

beiträge (1 Silbergroſchen) derſelben beſchaffte man den nötigen Fonds, welcher bei dem unbegrenzten Kredit, den der Verein im Publikum fand, und da man, wie in den Sparkaſſen, auch kleinere, allmählich wachſende Einlagen annahm und höher als dieſe verzinſte, bald eine ſo bedeutende Höhe erreichte, daß alle eingehenden Geſuche, ſelbſt wenn ſie Poſten von mehr als 100 Thalern betrafen, bei vorhandener Sicherheit gewährt werden konnten.“ Der Verein, welcher bei der Stiftung 180 Mitglieder zählte, hatte Ende 1852 deren 586; der Betrag der Vorſchüſſe von 8801 Thalern 29 Silbergroſchen im erſten Geſchäftsjahr (1851) ſtieg im zweiten auf 13 366 Thaler 5 Silbergroſchen in 717 Poſten von 1—200 Thalern, von welchen Poſten nicht ein einziger verloren ging.

Das Verdienſt, welches ſich der Eilenburger Darlehnskaffenverein hiermit erworben hat, tritt erſt in aller Deutlichkeit hervor, wenn man in Betracht zieht, daß zwar auch Schulze die Annahme fremder Darlehne gegen ſolidariſche Verhaftung als zweites Mittel der Kapitalbeſchaffung in dem Statut des umgebildeten Delitzſcher Vorſchußvereins von 1852 anerkannte, aber doch nur als ein vorläufiges und ſpäter, nach Anſammlung eines genügenden eigenen Betriebskapitals, zu beſeitigendes Auskunſtsmittel. Der § 5 des Delitzſcher Statuts von 1852 beſtimmte, daß „zur Deckung der Verwaltungskoſten und etwaigen Ausfälle, ſowie zur Verzinſung und Abſtoßung der vom Vereine aufgenommenen Darlehne ein beſonderer Fonds gebildet wird.“ In dieſen alſo auch zur Amortisation der fremden Darlehne beſtimmten Fonds ſollten die Eintrittsgelder und ein jährlicher Beitrag von 2½ Silbergroſchen fließen; zur Amortisation ſollten nach § 7 endlich noch 10 Prozent der jährlich zu verteilenden Dividende verwendet werden.

Der Eilenburger Darlehnskaffenverein, ja das ganze Genoffenſchaftswesen in Eilenburg, bot zum erſten Male das fertige geſchäftliche Bild der heutigen Kreditgenoffenſchaften. Auch hierfür iſt Schulze ſelbſt der beſte Zeuge. Im Jahresbericht von 1854 ſchrieb er: „Der Eilenburger Verein, wie überhaupt das ganze Eilenburger Vereinswesen, mit Hülf-, Rohſtoff-, Konſum- und Vorſchußvereinen, bot innerhalb des Systems der auf ſolidariſche Selbſthülfe gegründeten Genoffenſchaften den größten Gegenſatz zu dem, welches ſich unter Schulze in Delitzſch entfaltete. War der Delitzſcher Verein hauptſächlich für das Kleingewerbe einer Landſtadt beſtimmt, und überließ er die Befriedigung des Kreditbedürfnisses der beſſer ſituierten Klaſſe der ſtädtiſchen Darlehnskaffe, ſo ſtellte ſich der Eilenburger Verein die Aufgabe einer regelrechten Bank, um außer dem Be-

dürfnis der Handwerker und Arbeiter auch dem kaufmännischen und sonstigen bürgerlichen und ländlichen Verkehr gerecht zu werden. Alles nahm hier einen größeren, aber auch exklusiveren Zuschnitt an. Während der Delitzscher Verein darauf hielt, nie mehr Bestände in der Kasse zu haben, als der Geschäftsbetrieb erforderte, und die Darlehen Dritter möglichst zu vermeiden, vielmehr seinen Kassenbedarf innerhalb des Kreises der Mitglieder aufzubringen suchte, strebte der Eilenburger Verein, um allen Ansprüchen zu genügen, nach möglichst großem Betriebskapital, das er selbst vorrätig hielt und zinsbar anlegte. Zudem gab der Verein seine Darlehne auf 6—9 Monate, ja auf ein Jahr und mehr; u. s. w. Ferner gab er Darlehen bis 500—1000 Thaler u. s. w. Zu seinem Vorteil wich er aber darin ab, daß er seine ganze Verwaltung auf Gehalt stellte.“

Trotz seiner in wichtigen Beziehungen den anderen damaligen Vereinen überlegenen Einrichtung hat jedoch der Eilenburger Darlehnskassenverein nicht dasjenige weitere Gedeihen gehabt, welches sein erster Aufschwung erwarten ließ; es scheint sogar, als ob er nur mit Mühe der Auflösung entgangen ist. Die Ursachen hiervon waren verschiedener Art; in der Hauptsache waren es wohl die Übertreibung des rein bankmäßigen Betriebes, für dessen Ausdehnung in der Stadt und Umgebung damals noch kein großes Bedürfnis vorhanden war, sodann die Vernachlässigung der Ansammlung eines eigenen Vereinsvermögens, welches zuletzt in einem großen Mißverhältnis zu dem fast ganz aus fremden Darlehen bestehenden Betriebskapital stand. Später noch geriet die Geschäftsführung in Unordnung, und es entstanden Streitigkeiten zwischen den beiden Vorstandsmitgliedern, dem Vorsteher Dr. Bernhardi und dem Kassierer Schneidermeister Bürmann, in welchen gegenseitige Anschuldigungen wegen Überschreitungen der Befugnisse und wegen geschäftlicher Unordnungen erhoben wurden.

Gegen den Gebrauch fremder Kapitalien nicht bloß als Nothelf, sondern als dauernder Grundlage der Einrichtung bei den Vorschußvereinen hat sich Schulze noch lange nachher gesträubt und auch nach Anerkennung dieses Mittels die eigene Kapitalbildung mit Einführung von Geschäftsanteilen und Dividendenverteilung als das richtigere Mittel betrachtet. Wenn nun auch zuzugeben ist, daß durch dieses letztere allein die wirtschaftliche und sittliche Erziehung der Mitglieder zu erreichen war, so ist doch auch unmöglich zu verkennen, daß auf der Annahme jenes zweiten Mittels, auf der Annahme fremder Kapitalien gegen solidarische Verhaftung der Mitglieder, die ganze spätere bankmäßige Entwicklung der Vorschußvereine beruht, ohne

welche man sich kaum eine Vorstellung davon machen kann, welcher-
gestalt das heutige städtische Kreditgenossenschaftswesen sein würde.

Was Schulze endlich bewogen hat, fremde Anlehen und Spar-
einlagen als Betriebskapital bei den Vorschußvereinen zuzulassen,
scheint zunächst der Umstand gewesen zu sein, daß schon in den
folgenden Jahren gerade die bedeutendsten der entstehenden Vereine,
wie die in Meißen, Sangerhausen, Eisleben u. s. w., ihre geschäftliche
Aufgabe ganz besonders mit angeliehenem Betriebskapital lösten. Er
konnte nicht länger die große Wirksamkeit dieses Mittels übersehen
und hat seitdem nur immer darauf bestanden, daß das eigene Kapital
bis auf die Hälfte des fremden gebracht werden, also bis zu $\frac{1}{3}$ des
gesamten Betriebskapital ausmachen sollte.

Späterhin hat Schulze auch selbst gute Gründe für dieses Mittel
gefunden. Mit Annahme der als Anlehen bezeichneten höheren Be-
träge wollte er die Beteiligung der wohlhabenderen und gebildeteren
Mittelklassen für seine Vereine gewinnen und dadurch die von ihm
gewünschte Wirkung der Versöhnung der verschiedenen gesellschaftlichen
Schichten miteinander erhöhen. Mit Annahme der als Spareinlagen
bezeichneten niedrigeren und kürzer befristeten Beträge wollte er
dritten am Beitritt verhinderten Personen, wie Dienstboten, Frauen,
Minderjährigen u. s. w., die Möglichkeit geben, sich in ähnlicher
Weise wie die Mitglieder durch Monatssteuern ein kleines Kapital
zu sparen. Vor allem aber wurde ihm die Heranziehung fremden
Kapitals das wichtigste Mittel, die Dividende zu erhöhen, um den
Mitgliedern für ihr Risiko einen Gewinn zu verschaffen. Er schrieb
bezüglich der beiden Mittel in seinem Hauptwerke über Vorschuß- und
Kreditvereine (1876), daß „a) der soliden Begründung des Geschäfts
durch angemessene Steigerung des eigenen Fonds, b) der Rentabilität
desselben durch angemessene Herbeiziehung fremden Kapitals in der
Art Rechnung zu tragen ist, daß keiner derselben den anderen zurück-
drängt, sondern beide gleichmäßig zur Geltung kommen.“ Der Be-
treibung des Vereinsgeschäfts ausschließlich mit dem eigenen Kapitale
der Mitglieder war er jetzt entgegen. „Denn wenn auch an sich,“
schrieb er, „der Ertrag des Geschäfts derselbe bleibt, gleichviel ob
nur eigenes Kapital der Mitglieder, oder fremdes im Geschäft ar-
beitet —, so steigt sich doch der Divisor des Gewinns mit dem
Anwachsen des eigenen Kapitals, dieselbe Gewinnsumme wird in mehr
Teile zerlegt, und damit werden die Teile kleiner.“

Nach den gemachten Darlegungen scheint es nunmehr unzweifel-
haft, daß das Hauptverdienst an der Einführung des Grundfages

der eigenen Kapitalbildung bei den Vorschußvereinen dem Eilenburger Darlehnskassenverein gehört und Schulze daran fast nur insofern Teil hat, als er der intellektuelle Urheber aller Rohstoffassoziationen war, von welchen jener Grundsatz auf die Vorschußvereine übertragen worden ist.

Mit Schulzes Ansicht über die Benutzung fremden Kapitals steht seine Ansicht über die Solidarhaft als Kreditbasis der Vorschußvereine in innigstem Zusammenhange. In der ersten Zeit war es lediglich die Bürgschaftstellung, welche die Stelle der Kreditbasis in seiner Theorie einnahm. Er schrieb noch 1859 in der „Jungung der Zukunft“: „Dabei hat sich namentlich die Bürgschaft als die einzig mögliche Kontrolle des Schuldners durch seine nächsten Bekannten und Gewerbegenossen, als der wahre Schlußstein bei Organisation des persönlichen Kredits bewährt und unsere Vereine bisher vor Verlusten durch Zahlungsunfähigkeit gänzlich geschützt, ein Hauptgrund ihres außerordentlichen Gedeihens.“ Diese Bedeutung konnte jedoch Schulze nur so lange der Bürgschaftstellung beimessen, als er beabsichtigte, das Betriebskapital nur aus eigenen Varmitteln der Genossenschaften aufzubringen. Nachdem er auch fremdes Geld zum Betriebskapital zuließ, bedurfte es einer anderen Kreditbasis, welche nicht sowohl die genossenschaftliche Geschäftsführung, als vielmehr in erster Linie die fremden Gläubiger befriedigte. Für diese hatte aber eine solche Bürgschaft keinen Sinn, und seitdem hat Schulze die Solidarhaft für den Schlußstein erklärt.

Mit der Beschaffung eines, im Gegensatz zu den Hilfsvereinen in der Unternehmung verbleibenden Betriebskapitals und mit der Annahme der beiden Mittel zur Beschaffung eines solchen war die Umwandlung der Vorschußvereine aus Hilfsvereinen in Erwerbs- und Wirtschaftsvereine im wesentlichen vollzogen. Die Zeit dieser Umwandlung dauert von 1850 bis etwa 1862, von welchem letzteren Jahre ab Schulze die Solidarhaft entschied und für immer als die Kreditbasis der Vorschußvereine anerkannt hat. Um die Genossenschaften völlig zu Erwerbsvereinen zu machen, fehlte nur noch die Ausdehnung des Geschäftsverkehrs auch auf Nichtmitglieder der Vereine. Alle übrigen Einrichtungen haben nur eine geringere Bedeutung für das Wesen der Vorschußvereine, müssen aber zum genaueren Verständnis der weiteren Geschichte derselben hier soweit als

nötig angeführt werden. Die wichtigsten der Einrichtungen, welche in allem Wesentlichen noch heute bestehen, sind folgende:

1) Das aus eigenen Mitteln aufgebrachte Betriebskapital schied Schulze in zwei Teile, in ein „Gesellschaftskapital,“ das er „Reservefonds“ nannte, und in ein „Haftkapital“, das er „Geschäftsanteil“ nannte. Der Reservefonds sollte dazu dienen, einen gewissen Teil des Betriebskapitals vom schwankenden Mitgliederstande dadurch unabhängig zu machen, daß beim Ausscheiden der Mitglieder ein Teil ihrer Einzahlungen nicht wieder ausgezahlt wurde, sondern bei der Gesellschaft verblieb. Der Geschäftsanteil sollte nur dazu bestimmt sein, zur Deckung der während und vor Eintritt der Mitgliedschaft eingegangenen Verbindlichkeiten der Genossenschaft zu dienen, aber beim Ausscheiden der Mitglieder diesen zurückgezahlt werden.

2) Das eigene Geschäftskapital wird aufgebracht durch Eintrittsgelder und regelmäßige Monatsbeiträge. Die Eintrittsgelder bilden mit einem Teil vom jährlichen Reingewinn den Reservefonds; aus den Monatsbeiträgen wird der bis zu einem bestimmten Höchstbetrage festgesetzte Geschäftsanteil gebildet. Um das Betriebskapital so groß als möglich werden zu lassen, und zwar gerade durch die Beteiligung des kleinen, doch nicht ganz mittellosen Mannes, so wurde nur ein geringes Eintrittsgeld, bis zu 15 Silbergroschen, und ein mäßiger Monatsbeitrag, von 2—5 Silbergroschen erhoben. Wirklich Verarmte, die sich und die Ihrigen nicht mehr durch eigene Kraft zu erhalten vermochten, sollten hierdurch ausgeschlossen sein.

3) Um die Ansammlung des eigenen Kapitals zu beschleunigen, führte Schulze die Dividende ein, d. h. eine Verteilung des Geschäftsgewinnes nach der Höhe der Geschäftsanteile. Diese Einrichtung empfahl sich Schulze durch die Erfahrungen, welche er nach ihrer Einführung Ende 1853 im Delitzscher Vorchußverein gemacht hatte. Er sah, daß nicht bloß die Entrichtung der Monatssteuern mit Freude geschah, sondern auch bedeutende Beträge mehr eingezahlt wurden, um so schnell als möglich die festgesetzte Höhe des Geschäftsanteiles zu erreichen. Die Erfahrung in anderen Vereinen bestätigte dies, denn es zeigte sich, daß, sobald die Vereine die erste Dividende gegeben hatten, sich die Monatssteuern der Mitglieder verdreifachten, ja vervierfachten. Die Dividende sollte dazu verwendet werden, so lange dem Geschäftsanteil hinzugefügt zu werden, bis derselbe seine festgesetzte Höhe erreicht hatte. Darnach sollte sie entweder auf Verlangen ausgezahlt werden oder mit den Monatsbeiträgen ein verzinsliches Kapital bilden.

Die Erzielung einer möglichst beträchtlichen Dividende war damals die Hauptabsicht der ganzen Organisation der Vorschußvereine. Mit Rücksicht darauf sollte der Kassenbestand niemals größer sein, als der Geschäftsbetrieb erforderte, und Darlehen Dritter möglichst vermieden werden, damit die Dividende nicht geschmälert würde durch Ausgabe von Zinsen für liegende Gelder oder Darlehen. Ferner wurde der Satz für Zinsen und Provisionen nicht so niedrig als möglich genommen, sondern nur so, daß er billiger war als im gewöhnlichen Bankverkehr, welcher dem unbemittelten Gewerbetreibenden für gewöhnlich verschlossen war. Schulze nahm anfangs den Satz von 3 Pfennig für Thaler und Monat, also 10 Prozent im Jahr; in der Folge hat sich dieser Satz auf 8 Prozent und zuletzt auf 6 Prozent erniedrigt. Zu demselben Zweck sollten Großbankgeschäfte vermieden werden, wie sie in Eilenburg gemacht wurden, wo man Summen von 500—1000 Thalern vorstreckte. Nur Verleihung von Summen mäßiger Höhe, in Delitzsch bis zu 300 Thalern, an anderen Orten zum Teil höher, zum Teil niedriger, sollte stattfinden, damit hohe Verwaltungskosten infolge ausgedehnter Kassenverwaltung und Buchführung vermieden würden. Des wichtigsten Mittels endlich zur Steigerung der Dividende durch Annahme fremder Gelder als Anlehen und Spareinlagen haben wir schon oben ausführlich gedacht. Auf diese Weise gelang es Schulze, in Delitzsch immer wenigstens 10 Prozent Dividende auf das Guthaben zu verteilen.

Indem sich Schulze auf diese Weise die Gewinnsucht des kleinen Mannes dienstbar machte, hat er seinen Organisationen erst recht eigentlich das Wesen von Erwerbsvereinen verliehen. Mag man daran zweifeln, ob es ihm ohne Einführung der Dividende je gelungen wäre, das deutsche Genossenschaftswesen zu großer Entwicklung zu bringen, so steht doch fest, daß dadurch die wirtschaftliche Bedeutung der Vorschußvereine in hohem Maße gesteigert worden ist. Hatte man bisher, wie bei den Sparkassen, einen Minimalatz fixiert, durch welchen man für den Anfang das Einsteuern zur Zwangspflicht machte, so war jetzt die umgekehrte Maßregel notwendig geworden. Der Erwerbstrieb führte zu einer so raschen Ansammlung von Kapital, daß zur Fixierung eines Maximalsatzes geschritten werden mußte, über welchen hinaus man das Anwachsen der Beiträge nicht zuließ. Doch mußte der Maximalatz für den Geschäftsanteil allmählich erhöht werden, so daß er in Delitzsch zunächst von 12 auf 16 und dann auf 26 Thaler stieg.

4) Geschäftsmäßige Behandlung der Darlehensgewährung mit Ausschluß aller gefühlsmäßigen Rücksichten, wie sie bisher noch bei den Vereinen üblicher Weise genommen wurden. Schulze wollte besonders eine allgemeine wirtschaftliche Erziehung zur Sparsamkeit, Ordnung und Pünktlichkeit bei dem Kleingewerbsstande durchführen und vor allem dem ungesunden Kreditverkehr durch jahrelanges Vorgehen entgegenwirken. Eine solche allgemeine Wirkung hielt er mit Recht für im ganzen segensreicher und wohlthätiger als ein den individuellen Verhältnissen der Darlehensempfänger angepasstes Borgsystem.

5) Den angeführten Grundsätzen in der Geschäftsführung reihte sich noch eine entsprechende Anzahl von Grundsätzen der Verwaltung an, welche aber zum Teil erst später ihre volle Ausbildung erhielten. Dem Ausschluß aller Geschenke und Unterstützungen in der Geschäftsführung entsprach die reine Selbstverwaltung der Vereinsangelegenheiten, die Beseitigung der Gönnerschaft von Privaten und die Abweisung aller Einmischung von Staats- oder Gemeindebehörden in die Verwaltung. Der Berechnung auf die Beteiligung einer möglichst breiten Volksschicht an den Genossenschaften entsprach es, wenn der Schwerpunkt der ganzen Verwaltung, ebenso wie die höchste beschließende Befugnis, nicht mehr, wie bisher, in den Händen der Vorstandsmitglieder, sondern in der Generalversammlung lag, in welcher jedes Mitglied gleiche Stimme hatte. Dem rein geschäftsmäßigen Verkehr zwischen Verein und Mitgliedern entsprach es endlich, daß die Verwaltung nicht mehr von Ehrenbeamten, sondern von besoldeten und geschäftlich ausgebildeten Beamten geführt wurde. Doch wurde diese Folgerung nicht sofort in ganzer Strenge gezogen. Die obersten Beamten im Vorstande leisteten noch einige Zeit ihre Arbeiten umsonst; nur die Kassenbeamten wurden schon nach Möglichkeit besoldet. Die Obliegenheiten der obersten Beamten selbst waren, der noch halb ehrenamtlichen Verwaltung entsprechend, noch nicht streng in die eines ausführenden Vorstandes und in die eines den Vorstand beaufsichtigenden Ausschusses geschieden.

6) Im Zusammenhang mit der Annahme fremden Betriebskapitals und der Solidarhaft steht der um diese Zeit erfolgende, für den Geschäftsverkehr sehr wichtige Ersatz des bis dahin allgemein gebräuchlichen Schuldscheins durch den Wechsel, womit der Eislebener Vorschußverein unter Alwin Soergels Leitung den Anfang machte. Schulze war anfänglich gegen den Gebrauch des Wechsels, weil mit dem Schuldschein, den er verdrängte, die seiner Meinung nach größere Sicherheit gewährende Bürgschaft verbunden war. Diese Gefahr

wog ihm den Vorteil rascherer Rechtsverfolgung auf; außerdem fürchtete er freilich noch, daß die mit dem Wechsel verbundenen strengeren Anforderungen an die Zahlungsfähigkeit des Vorschußempfängers die Wirksamkeit der Vorschußvereine auf eine kleine Zahl mehr bemittelter Gewerbetreibender und damit auch die allgemeine sociale Bedeutung seiner Vereine beschränken würde. Aber auch in diesem Punkte hat Schulze seine Meinung bald geändert, und darnach sogar das Meiste dazu beigetragen, den Schuldschein durch den Wechsel verdrängt werden zu lassen. —

Die Überlegenheit dieser von Schulze begründeten Organisation der Vorschußvereine war zu groß, als daß es nicht seiner rastlosen Thätigkeit gelungen wäre, der bisherigen, eines einheitlichen Planes und einer einheitlichen Organisation ermangelnden Vereinsbildung auf wirtschaftlichem Gebiete allmählich ein Ende zu machen. Je länger je mehr schlug die Vereinsbildung die von ihm angewiesenen Wege ein. Die alten Hilfs- und Unterstützungsvereine, soweit sie gewerbliche Zwecke verfolgten, die Gewerbevereine, Handwerkervereine u. s. w. verschwanden allmählich auch dem Namen nach, indem sie mit den Grundsätzen auch die von Schulze gebrauchten Namen annahmen. Auch die anfänglich vielfach noch ihre eigenen Wege gehende und deshalb mannigfach abweichende neue Vereinsbildung wurde gleichförmiger, da Schulze immer bereit gewesen ist, jeden neuen Gedanken und jede neue Einrichtung, wenn sie nur brauchbar waren, in sein System und seine Organisationen einzufügen. So ist es denn gekommen, daß Schulze schon von Anfang an ohne jeden erheblichen Kampf das genossenschaftliche Vereinswesen in den Städten beherrscht und auch in den ländlichen Kreisen später das einmal gewonnene Terrain behauptet hat. Schulze war sich auch der Gediegenheit und der Zeitgemäßheit seiner Organisation wohlbewußt; schon 1856 schrieb er bezüglich der Kreditgenossenschaft im Hinblick auf das fast tägliche Auftreten riesiger Bankunternehmungen für den Credit mobilier: „es dürfte doch die Zeit nicht allzufern sein, wo es kein Städtchen im Lande giebt, in dem sie nicht Wurzel gefaßt hätte, und wo sie durch die Menge ihrer Institute, durch die große Zahl der bei ihr beteiligten kleineren Gewerbetreibenden jener als finanzielle Macht kühn zur Seite treten darf, wie dies in Hinsicht ihrer volkswirtschaftlichen Berechtigung, ihrer sittlichen Bedeutung schon jetzt der Fall ist.“

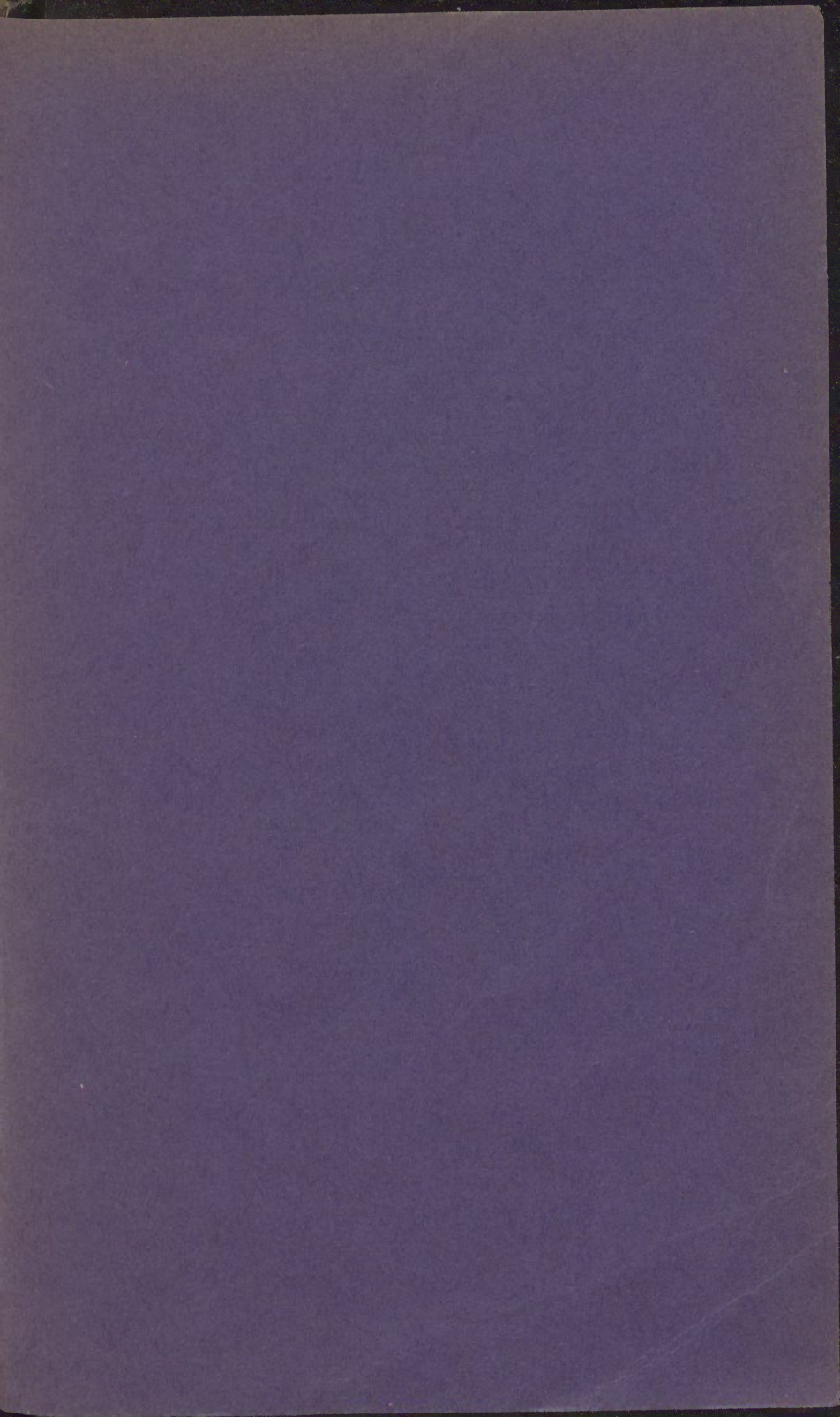
Lebenslauf.

Ich, Hugo Zeidler, bin am 28. Januar 1857 als der Sohn des Steinmetzmeisters Johann Zeidler in Berlin geboren. Den ersten Schulunterricht erhielt ich daselbst auf der Stralauer Bürgerschule. 1867 starb mein Vater und besuchte ich danach das Sophien-Realgymnasium zu Berlin, an welchem ich Ostern 1878 das Abiturientenexamen bestand. Nach mehrjährigem, mit meinem Bruder Hermann gemeinschaftlich geführten Betriebe einer Buchdruckerei trat ich aus dem Geschäfte aus, um mich der Wissenschaft zuzuwenden. Ostern 1888 ließ ich mich auf der Berliner Universität immatrikulieren, um Volkswirtschaft zu studieren.

Den Herren Professoren Dr. Schmoller, Wagner, Meitzen, Böckh, von Kaufmann, Dilthey, Zeller, von Gneist, von Treitschke, Weizsäcker †, sowie den Herren Dozenten Dr. Höniger und Jastrow, deren Vorlesungen ich besuchte, statte ich hiermit meinen Dank ab für die wissenschaftliche Ausbildung, welche ich durch sie erfahren habe.

Pierer'sche Hofbuchdruckerei. Stephan Geibel & Co. in Altenburg.

2804





206\$05508355